

Wohin mit dem Müll?

Die möglichen Standorte, das unmögliche Verfahren –
und wie wir doch noch mitbestimmen können

→ Schwerpunkt Seite 6–9

Im Sack

Schwarze Bigbags mit radioaktiver Erde sind zum Symbol für den Super-GAU in Fukushima geworden. Wie das wohl bei uns aussähe?

→ Seite 13–15

In Rente

Atom Müll-Experte Wolfgang Neumann über 30 Jahre kritische Wissenschaft und Misserfolge, die sich ins Gegenteil verkehren

→ Seite 10–12

Im Fernsehen

Atomtransporte sind Alltag im Hamburger Hafen, der Protest dagegen nimmt zu. Michael Ehnert brachte beides ins TV

→ Seite 18–19

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Verfahren

Einleitung | Mit dem Standortauswahlgesetz sucht der Staat nach einer Lagerstätte für den bis Ende 2022 anfallenden hochradioaktiven Atommüll. Alles streng wissenschaftlich, transparent, fair und sogar partizipativ. Von wegen

8 Organisiert euch!

Aufruf | Das neue Suchverfahren für ein Atommüll-Lager garantiert kein gutes Ergebnis. Ein schlechtes Lager lässt sich nur verhindern, wenn sich potenziell Betroffene rechtzeitig zusammenschließen und aktiv einmischen

10 „Helfen zu differenzieren“

Interview | Atommüll-Experte Wolfgang Neumann über kritische Wissenschaft, über Misserfolge, die sich ins Gegenteil verkehren, und den Grat zwischen Opposition und Verbesserung

13 Super-GAU im Bigbag

Aktion | Schwarze Säcke, gefüllt mit radioaktiv verseuchtem Erdboden, sind zum Symbol für die Folgen des Super-GAUs von Fukushima geworden: Sie stehen an 147.000 Orten herum. Wie sähe das bei uns aus?

14 „Viele wollen nicht zurück“

Interview | Fukumoto Masao, Journalist, über Dekontaminationsversuche und soziale Konflikte in der Sperrzone um Fukushima, über Streit um Entschädigungen und über Evakuierte, die woanders bleiben wollen

16 Stillstand im Sturm

Hintergrund | Weht der Wind, ordnen die Netzbetreiber immer häufiger das Abschalten von Windenergieanlagen an; die Kosten tragen die Verbraucher*innen. Eine Kontrolle ist unmöglich: Denn über die dafür nötigen Daten verfügen nur die Netzbetreiber

17 Atomkraft in Südkorea

Hintergrund | Doppelte Kehrtwende: Auf Druck der Atomlobby bläst die Regierung den angekündigten Ausstieg wieder ab. Doch die Sorge vor Unfällen durch Erdbeben nimmt zu

18 „Da steckt Interesse dahinter“

Porträt | Michael Ehnert, 49, hat die Urantransporte über den Hamburger Hafen, ihre Gefahren und die Proteste dagegen massentauglich ins Fernsehen gebracht – mit einem Drehbuch für die Krimiserie „Notruf Hafenkante“

20 Rückblick

22 .ausgestrahlt-Shop

24 Atomstrom ungedrosselt

Infografik | Auch bei sehr viel Wind in Norddeutschland laufen die norddeutschen AKW unvermindert weiter – und verstopfen so das Netz

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt ein derzeit 17-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir.

ausgestrahlt.de/magazin

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. ausgestrahlt.de/newsletter

Bereits **3.447 Förderer und Förderinnen** legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! ausgestrahlt.de/foerdern

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher

Bildredaktion: Andreas Conradt

Mitarbeit: Angela Wolff, Carolin Franta, Finn Mayer-Kuckuk, Jürgen Rieger, Sarah Lahl, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 35.000

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Lucas Wirt

Atommüll vor der Haustür: Säcke voller kontaminierter Erde stapeln sich an 147.000 improvisierten Zwischenlagern in Fukushima

Wenn der Müll kommt

Liebe Leserin, lieber Leser,

es war immer eine Stärke der Anti-Atom-Bewegung, dass sie nicht nur gute Argumente hatte, sondern diese auch fachlich überzeugend untermauern und verteidigen konnte. Einer derjenigen, die dazu in den vergangenen Jahrzehnten viel beigetragen haben, ist Wolfgang Neumann. Kaum einer kennt sich besser mit den Gefahren von Atommüll und Atommülllagern aus: ob Asse oder Wiederaufarbeitung, ob Castor-Halle oder Schacht Konrad, ob AKW-Abriss oder Langzeitlagerkonzepte für hochradioaktiven Müll, ob Atomtransporte oder Katastrophenschutz – der Physiker von der „Gruppe Ökologie“, wie das 1979 gegründete, alternative Forschungszentrum in Hannover zunächst hieß, hat bei allem seine Spuren hinterlassen und etlichen Bürgerinitiativen und Kommunen geholfen, ihre Interessen gegen

die der Atomindustrie zu verteidigen. Nach drei Jahrzehnten gehen er und sein Kollege nun in Rente und die Tausenden von Unterlagen aus ihrem Büro an verschiedene Initiativen und bewegungsnahe Archive. Im Interview ab Seite 10 zieht er Bilanz.

Und während sich in der ganzen Region Fukushima überall die schwarzen Säcke mit verstrahlter Erde stapeln (siehe Seite 13), läuft in Deutschland ein anderes Atommüll-Großprojekt gerade an: das Standortsuchverfahren für ein tiefengeologisches Lager, das den hochradioaktiven Müll bestmöglich von der Biosphäre fernhalten soll – so jedenfalls das Ziel auf dem Papier. Das Verfahren indes lässt nicht gerade hoffen, dass es dabei sonderlich fair zugehen wird. Im Gegenteil: Alles sieht danach aus, als ob es wieder darauf hinausläuft, am Ende einen politisch bestimmten, wie auch immer gearteten Standort durchzusetzen – gegen die

betroffene Bevölkerung. Die Chance, das zu verhindern, echte Mitbestimmung und hohe Sicherheitsanforderungen durchzusetzen, ist umso größer, je früher sich möglichst viele betroffene Regionen zusammenschließen und ihre gemeinsamen Interessen für das Suchverfahren formulieren. .ausgestrahlt veröffentlicht deshalb in diesem Heft erstmals eine Karte all derjenigen Landkreise, die nach bisherigem Wissen als möglicher Standort in Frage kommen – siehe Seite 6 ff.

Auch für diese Auseinandersetzung werden die Anti-Atom-Bewegung und die Betroffenen jede Menge kritischen Sachverstand an ihrer Seite brauchen. Gute Chancen also für alle, die sich in das Thema einarbeiten und beruflich in diese Richtung entwickeln wollen. Arbeit dürfte es da noch für viele Jahrzehnte geben.

*Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team*

February 2007

EDF: New nuclear 'by Christmas 2017'



French nuclear energy giant EDF says it hopes to build Britain's first new nuclear power plant in a generation in time to provide electricity for Britons to cook their Christmas turkeys in 2017. "EDF will turn on its first nuclear plant in Britain before Christmas 2017 because it will be the right time," Vincent de Rivaz, chief executive of UK division EDF Energy says. "It is the moment of the power crunch. Without it the lights will go out."

Screenshot: telegraph.co.uk

Kalter Truthahn

Weihnachten 2017, versprach der Chef des UK-Ablegers des französischen Atomkonzerns EDF im Februar 2007, würden die Briten ihren Truthahn mit Atomstrom aus Hinkley Point C braten. Der Reaktor vom Typ EPR, zugleich der erste AKW-Neubau in Großbritannien seit 20 Jahren, werde aber auf jeden Fall vor besagtem heiligen Fest ans Netz gehen. Das müsse auch so sein, denn „ohne das gehen die Lichter aus“. Tatsächlich kippt EDF nach Zusagen milliardenschwerer Subventionen seit einigen Monaten gerade mal den ersten Beton auf die Baustelle und von den einst angekündigten 200 EPR-Reaktoren, die Areva verkaufen wollte, sind, Hinkley Point C mitgerechnet, ganze fünf in Bau und kein einziger am Netz. Hinkley Point C wird, wenn überhaupt, frühestens 2026 in Betrieb gehen. Von Weihnachten im Dunkeln ist bisher aber auch nichts bekannt geworden.

EnBW-Eigner fürchten Abrisskosten

Sauberst kalkuliert seien ihre Rückstellungen und absolut ausreichend, um die zu erwartenden Kosten zu bestreiten – das beteuerten die AKW-Betreiber sowohl für die Atommülllagerung als auch für den Abriss der AKW. Das Atommüll-Kostenrisiko konnten sie inzwischen über den Atommüll-Fonds erfolgreich auf die Allgemeinheit abwälzen. Das Abrisskostenrisiko jedoch liegt weiterhin bei ihnen. Die oberschwäbischen Landkreise, die über eine Beteiligungsgesellschaft knapp die Hälfte der EnBW-Anteile halten, erachten es allerdings nicht als ausgeschlossen, dass die Rückstellungen der EnBW am Ende doch nicht reichen. Mit einer mehr als hunderttausend Euro teuren Verfassungsklage wollen sie deshalb die Regelung im Nachhaftungsgesetz kippen, die sie als Großanteilseigner unbegrenzt in Regress nimmt – nach eigener Einschätzung ein Risiko „in mittlerer einstelliger Milliardenhöhe“.

Fehlerhafte Brennstäbe

Wegen eines Computerfehlers in der Qualitätskontrolle hat Areva an AKW in mehreren Ländern Brennstäbe mit zu dünnen Wandstärken ausgeliefert. Das AKW Leibstadt in der Schweiz tauschte die betroffenen Brennelemente daraufhin aus, was die Wiederinbetriebnahme des Meilers um Wochen verzögerte. Das AKW Gundremmingen C, in dessen Kern ebenfalls zwei der nicht spezifikationsgerechten Brennstäbe stecken, sah demgegenüber keinen Anlass einzugreifen. Die betroffenen Brennelemente seien seit fünf Jahren ohne Auffälligkeiten im Einsatz, teilte ein RWE-Sprecher mit. Ähnlich äußerte sich EnBW. Auch im Reaktorkern von Philippsburg-2 steckt einer der nicht spezifikationsgerechten Brennstäbe.



Foto: Helge Bauer

Gundremmingen: Block B abgeschaltet, Block C beklagt

Am letzten Tag des Jahres 2017 mittags um 12 Uhr stellte Block B des AKW Gundremmingen seinen Betrieb ein. Der baugleiche Reaktor Block C soll nach dem Willen von RWE noch vier weitere Jahre laufen. In einer Anfang Dezember beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingereichten Klage fordert Greenpeace, die gemeinsame Betriebsgenehmigung für beide Blöcke zurückzunehmen, da sie von Anfang an rechtswidrig gewesen sei. Grund sei der unzureichende Schutz gegen Flugzeugabstürze und andere schwere Einwirkungen von außen sowie die seit langem kritisierten Sicherheitsmängel des Notkühlsystems. Zugleich erhob Greenpeace Untätigkeitsklage gegen die bayerische Atomaufsicht, weil diese den schon 2001 eingereichten Antrag auf Stilllegung der Meiler 16 Jahre lang nicht bearbeitet habe.

Jülich setzt weiter auf Atommüllexport

Die US-Umweltbehörde hat keine Bedenken gegen den Import und die Verarbeitung abgebrannter Brennelemente aus den deutschen AKW Jülich und Hamm-Uentrop in der US-Wiederaufarbeitungsanlage Savannah River Site (SRS). Das geht aus der kurz vor Weihnachten publizierten Umweltverträglichkeitsstudie hervor. Eine Zustimmung zum Atommüll-Import könne aber erst gegeben werden, wenn ein technisches Verfahren für die Aufarbeitung der Grafitkugel-Brennelemente entwickelt sei. Der Atommüll solle im Anschluss in SRS verbleiben, bis geeignete Lagerstätten zur Verfügung stünden. Das Forschungszentrum Jülich, wo der Atommüll aus dem AVR Jülich derzeit liegt, kündigte an, „die weiteren Schritte zur Verfolgung der USA-Option“ vorzubereiten.

Fischzucht in AKW-Ruine

Das nie mit Brennstäben bestückte spanische AKW Lemóniz am Golf von Biskaya soll nach dem Willen der baskischen Regierung künftig zur Aufzucht von Fischen und Krustentieren genutzt werden. Dafür bietet sich die Industriearuine vor allem wegen der vorhandenen Kühlkreisläufe an, die Meerwasser auf das Gelände pumpen könnten. Der heftig umstrittene Bau der beiden 930-Megawatt-Blöcke war 1984 nach zehn Jahren endgültig abgebrochen worden. Fische und Krebse könnten nun bis zu 550 Arbeitsplätze schaffen, hofft die Regierung.



Fotos [M]: Pedro Tomas / Eduard Maluquer



Foto: EcoDefence / Heinrich-Böll-Stiftung Russland

Atomunfall in Majak?

Strahlenmessstellen in mehreren Europäischen Ländern maßen Anfang Oktober radioaktives Ruthenium-106 in der Luft. Anhand von Wetterdaten tippten sie auf eine Quelle im Ural. Zwei Monate später räumte der russische Wetterdienst Rosgidromet ein, dass ebendort, unweit des berühmten Atomkomplexes von Majak, eine tausendfach erhöhte Konzentration des Nuklids gemessen worden sei. Ein Unfall in einem AKW scheidet aus, weil dabei auch andere Stoffe freigesetzt worden wären.

Die 2015 nach Frankreich geflohene Direktorin der im Gebiet Tscheljabinsk ansässigen Umweltschutz-Organisation „Planet der Hoffnung“ geht davon aus, dass die Strahlung Ende September in einer Verglasungsanlage für hochradioaktive flüssige Wiederaufarbeitungsabfälle freigesetzt worden sei. Betreiber Rosatom hingegen bestreitet, dass es einen Unfall gegeben habe, setzte aufgrund des internationalen Drucks allerdings eine Kommission ein. Die unabhängige französische Strahlenschutz-Organisation CRIIRAD betonte, dass die Ergebnisse der Untersuchung die Atomanlagen in Majak nicht entlasten.



Foto: Areva / TVO

Probeanlieferung von Brennelementen – hier noch ohne Brennstoff – im AKW Olkiluoto

Brennelemente aus Lingen für AKW Olkiluoto

Das vor der Fertigstellung stehende finnische AKW Olkiluoto, der weltweit erste Reaktor vom Typ EPR, wird offenbar über den Hamburger Hafen mit Brennstoff aus der Brennelementefabrik Lingen bestückt. Atomkraftgegner*innen haben allein seit Oktober vier Transporte identifiziert. Nach Angaben des Reaktorbetreibers TVO laufen derzeit heiße Funktionstests; anschließend soll der Reaktorkern erstmals mit Brennelementen bestückt werden. Der Ende 2003 in Auftrag gegebene Meiler sollte ursprünglich 2009 fertig werden. Der kommerzielle Betrieb ist nun für Mai 2019 angekündigt.



Foto: kein-co2-endlager.de

Der Müll

Rund **1.900 Castor-Behälter** mit hochradioaktivem Müll hinterlässt die deutsche Atomindustrie, sofern 2022 tatsächlich die letzten AKW vom Netz gehen. Jeder Castor umfasst bis zu zehn Tonnen abgebrannte Brennelemente oder strahlende Abfälle aus der Plutonium-Abtrennung.

Drei Phasen

Phase I (seit 2017): Bundesweite Abfrage und Auswertung geologischer Daten. Gebietsausschlüsse aufgrund geologischer Kriterien (bspw. Erdbebenrisiko oder Gebirgsschäden). Identifikation der Regionen für die übertägige Erkundung. Festlegung per Bundestagsbeschluss.

Phase II: Übertägige Erkundung. Bestimmung von mindestens zwei Standorten zur untertägigen Erkundung per Bundestagsbeschluss.

Phase III: Untertägige Erkundung. Der Bundestag bestimmt per Gesetz den Standort für die Errichtung des Atommülllagers. (Termin laut StandAG: 2031)

Verfahren

Einleitung | Mit dem Standortauswahlgesetz in der Tasche sucht der Staat deutschlandweit nach einer Lagerstätte für den bis Ende 2022 anfallenden hochradioaktiven Atommüll. Alles streng wissenschaftlich, transparent, fair und sogar partizipativ. Von wegen

Die Menschen in Sterup an der Ostsee sind beunruhigt. Kaum ein Jahr ist vergangen, seit ein norwegischer Konzern hier seine Fracking-Pläne aufgeben musste. Die örtliche Bürger*inneninitiative hatte gegen die umweltschädlichen Öl- und Gasbohrungen gekämpft. Jetzt „bohrt“ sich eine neue Sorge in das Herz der Gemeinde: Rund 17.000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll müssen für eine Million Jahre „sicher“ gelagert werden – der Salzstock in Sterup sei möglicherweise geeignet, verkündet die regionale Tagespresse. Und Sterups Bürgermeister Wolfgang Rupp sagt voraus: „Sollte die Gefahr konkreter werden, dass Sterup als Standpunkt für ein Atommüll-Endlager ausgewählt werden könnte, wird der Widerstand massiv.“

Vorfestlegungen statt Ergebnisoffenheit

Dass Atommüll langfristig am sichersten tiefengeologisch einzuschließen sei, hat sich in den Köpfen festgeschrieben. Nicht in denen aller Wissenschaftler*innen wohlgermerkt, denn die sehen das mitunter höchst kritisch. Aber – und das ist entscheidend: In den Köp-

fen vieler Politiker*innen ist die Idee vom Atommüll-Bergwerk alternativlos. Das, obwohl bislang fast alle tiefengeologischen Lager beschädigt oder havariert sind. Andere Methoden der Atommüllagerung hat der deutsche Staat nie ernsthaft in Erwägung gezogen und entsprechend nicht hinreichend geprüft; mit der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) im März 2017 hat er sie ausgeschlossen. Dennoch verkünden federführende Politiker*innen, das Parlament habe „ein ergebnisoffenes und streng wissenschaftliches“ Suchverfahren verabschiedet.

Salz, Ton oder Granit – das ist also Gesetz. In den Regionen mit „atommülllagertauglichen“ Gesteinsvorkommen wie in Sterup machen sich nun nach und nach Verunsicherung und Sorge breit. Die Ungewissheit darüber, ob der Atommüll kommt oder nicht, wird das Leben an den potenziellen Standorten eine ganze Weile lang begleiten und womöglich nachhaltig prägen.

Offizielle Aussagen zu einzelnen Gebieten gibt es bislang nicht – allein Gorleben ist entgegen aller wissenschaftlicher Expertise nach wie vor gesetzt. Was den Rest der Deutschlandkarte

betrifft, steht die neugegründete Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am Anfang ihrer Recherchen. Bundesweit fragt sie geologische Daten bei den Landesämtern ab. Die Informationsdichte ist unterschiedlich. Zu einigen Regionen liegt kein aussagekräftiges Datenmaterial vor – möglicherweise fallen diese Gebiete aus dem Verfahren. Die Hürde ist niedrig; der Anspruch der Wissenschaftlichkeit auch in diesem Punkt mehr als fragwürdig.

Scheinbeteiligung

Frühestens Ende des Jahres will die BGE erstmals potenzielle Gebiete benennen. Dann werden die Verfahrensträger, die BGE und das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE), mit der betroffenen Bevölkerung in Kontakt treten: Zum Auftakt einer groß angelegten Beteiligungsfarce.

können Betroffene Stellungnahmen abgeben und sich bei Erörterungsterminen äußern. Dafür setzt das BfE, das als Regulierungsbehörde auch den Informationsfluss steuert und die „Beteiligungsformate“ durchführt, enge Fristen. Zeit für eine fundierte Auseinandersetzung mit der komplexen geowissenschaftlichen Materie räumt das StandAG nicht ein. Hinzu kommt, dass BfE und BGE selbst darüber entscheiden, inwieweit sie Einwände berücksichtigen wollen – im Zweifel bleibt jede noch so berechnete Kritik wirkungslos.

Vorzeigeprojekt „Nationales Begleitgremium“

Das mediale Interesse im Standortauswahlverfahren ist auf das Nationale Begleitgremium (NBG) gerichtet. Zwölf sogenannte „anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, die

Selbst wenn es dem NBG gelingt, trotz des Einflusses von Bundestag und Bundesrat seine Unabhängigkeit zu wahren, ist es dennoch ein zahnloser Tiger in einem unfairen Verfahren.

Der Rechtsweg ist verbaut

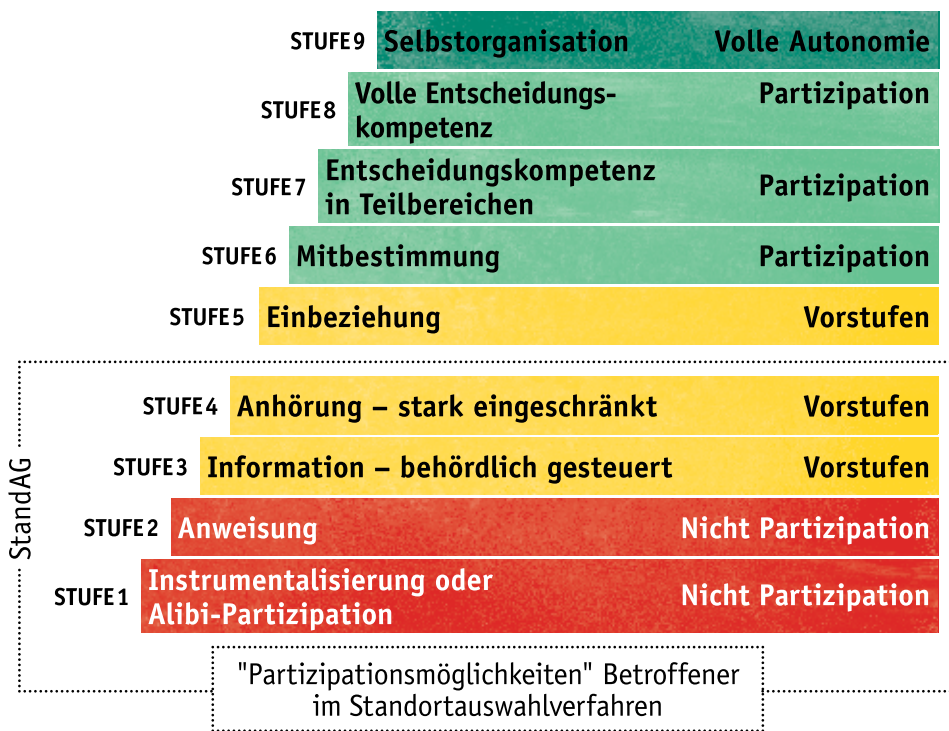
Das StandAG schiebt nicht nur jeglicher Form der Mitbestimmung durch Bürger*innen rigoros einen Riegel vor, es beschneidet auch ihre Klagerechte deutlich. Das Suchverfahren ist gesetzlich festgelegt. Standortentscheidungen innerhalb des Verfahrens bringt der Bundestag ebenfalls in Gesetzesform. Dadurch entfallen juristische Hebel, mit denen Entscheidungen der Verfahrensträger auf inhaltlicher Ebene gerichtlich überprüft werden könnten. Betroffenen bleibt dann nur der beschwerliche Gang zum Bundesverfassungsgericht – hier müssen die Kläger*innen Grundrechtsverletzungen anmelden.

Lediglich im Vorfeld des Parlamentsbeschlusses zur untertägigen Erkundung und ebenso vor der endgültigen Standortentscheidung können Bürger*innen wegen Verfahrensfehlern vor dem Bundesverwaltungsgericht klagen. Es prüft dann, ob BGE und BfE die Vorgaben des StandAG eingehalten haben. Mit anderen Worten: Das Gericht urteilt bestenfalls darüber, ob ein schlechtes Gesetz „richtig“ angewendet wurde.

Das entscheidende Kriterium ist politisch

Die „StandAG-Spielregeln“ für die Verfahrensträger sind im Detail so offen formuliert, dass verwaltungsrechtlich kaum Angriffsfläche geboten sein dürfte. Die geologischen Kriterien sind ebenfalls nicht stichhaltig. Ein wissenschaftlicher Vergleich von Standorten unterschiedlicher Gesteinsarten ist mit dem StandAG nicht möglich. Stattdessen liefert es Formelkompromisse, mit denen politischer Wille die Wissenschaft leicht aushebeln kann. Am Ende werden die Machtverhältnisse im Bundestag ausschlaggebend sein oder auch wirtschaftliche Interessen – dies ist sogar im Gesetz vorgesehen: Stuft die BGE die geologischen Voraussetzungen mehrerer Standorte als gleichwertig ein, zieht sie sogenannte „planungswissenschaftliche“ Abwägungskriterien zur Entscheidungsfindung heran. Es wäre dann durchaus möglich, dass – Ironie des Schicksals – ein Ort wie Sterup in Schleswig-Holstein aus dem Verfahren ausscheidet, weil ein Investor Fracking-Pläne anmeldet.

Angela Wolff



Allgemeines Stufenmodell der Partizipation (Stufenmodell nach Michael T. Wright)

Das Standortauswahlgesetz deklariert den Suchprozess als partizipatives Verfahren. Echte Partizipation beginnt in Theorie und Praxis mit dem Recht auf Mitbestimmung – nicht so im StandAG. Hier meint „Partizipation“ lediglich Information und Anhörung. Das Mindestmaß an Beteiligung, das der Staat seinen Bürger*innen aufgrund internationaler Abkommen (Aarhus-Konvention) zugestehen muss. Dabei handelt es sich nur um Vorstufen der Partizipation und selbst diese sind im StandAG nur kläglich umgesetzt: Drei Mal im gesamten Verfahrenszeitraum

von Bundestag und Bundesrat bestimmt werden, und sechs nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger*innen sollen den Suchprozess unabhängig begleiten und bei aufkeimenden Konflikten für Ruhe sorgen.* Dafür dürfen sie in die Akten schauen und jederzeit Stellungnahmen abgeben, die niemand beachten muss – das Sahnehäubchen einer pseudohaften Öffentlichkeitsbeteiligung.

Das NBG ersetzt weder fehlende Beteiligungsrechte Betroffener noch verfügt es selbst über ein Mitbestimmungs- und Veto-Recht.

Organisiert euch!

Was .ausgestrahlt will

.ausgestrahlt streitet dafür, dass kein weiterer Atommüll produziert wird. Darüber hinaus wollen wir verhindern, dass es zu einem unsicheren Atommüll-Lager kommt, nur weil bei der Suche übertriebener Zeitdruck herrscht, Geld gespart werden soll, politische Interessen schwerer wiegen als wissenschaftliche Erkenntnisse oder weil die Bedenken der Betroffenen nicht ernst genommen werden. Deswegen fordern wir, das angelaufene Suchverfahren abubrechen und zuerst eine gesellschaftliche Verständigung über die Regeln für ein neues Verfahren unter gleichberechtigter Einbeziehung der (potenziell) Betroffenen zu erarbeiten. Denn diejenigen, bei denen der Müll am Ende landet, sind mit ihren Interessen und Bedenken der beste Garant für mehr Sicherheit.
ausgestrahlt.de/standortsuche

Aufruf | Das neue Suchverfahren für ein Atommüll-Lager garantiert kein gutes Ergebnis. Ein schlechtes Lager lässt sich nur verhindern, wenn sich potenziell Betroffene rechtzeitig zusammenschließen und aktiv einmischen

Der Atommüll ist da. Trotz aller Proteste und auch Erfolge der Anti-Atom-Bewegung wurden in den vergangenen fünf Jahrzehnten in Deutschland Unmengen strahlender Stoffe produziert, die für unvorstellbar lange Zeiträume gefährlich sind. Klar, ohne die Proteste wäre die Müllmenge noch viel größer. Und würde die Bundesregierung dafür sorgen, dass die sieben noch laufenden AKW und die Atomfabriken sofort abgeschaltet werden, so würde der Atommüllberg wenigstens nicht noch weiter wachsen.

Doch so oder so: Hochradioaktiver Abfall aus Atomkraftwerken und aus der Plutonium-Abspaltung lagert in Deutschland an 16 Orten in Castor-Behältern in sogenannten Zwischenlagern. Niemand weiß bisher, wie und wo dieser Müll langfristig so aufbewahrt werden kann, dass er die kommenden Generationen möglichst wenig gefährdet.

Vieles kann schiefgehen

Der Bundestag hat entschieden, in den nächsten 13 Jahren bundesweit nach einem Ort für ein geologisches Tiefenlager suchen zu lassen, in Salz, Ton oder Kristallingestein (etwa Granit). Diese Suche hat begonnen. Doch nicht jedes Konzept ist ein gutes Konzept.

Bei dem vom Bundestag beschlossenen und im Standortauswahlgesetz (StandAG) beschriebenen Suchverfahren kann einiges schiefgehen: Mal angenommen, die Tiefenlagerung ist kein gutes Konzept – schließlich sind bisher nahezu alle entsprechenden Lager havariert. Mal angenommen, der immense Zeitdruck im Verfahren führt dazu, dass Sicherheitsbedenken nicht ernst genommen werden. Mal angenommen, die vagen geologischen Kriterien im StandAG werden dazu benutzt, am Ende einen politisch gewollten Standort durchzudrücken, selbst wenn dieser grobe Mängel hat. Mal angenommen, potenzielle Standortregionen äußern in ihren Stellungnahmen in den sogenannten „Beteiligungsformaten“ ernstzunehmende Zweifel, doch die Behörden und der Bundestag gehen

einfach darüber hinweg, weil sie das laut Gesetz dürfen.

In all diesen Fällen gibt es nur eine einzige Versicherung gegen ein schlechtes Atommüll-Lager: Der Protest und Widerstand der Bevölkerung. Denn dass sich unsinnige Atomprojekte verhindern lassen, zeigt die Geschichte von Wyhl, Wackersdorf, Kalkar und Gorleben.

Einbindung oder Unabhängigkeit?

Es wird also spannend: Lassen sich die betroffenen Regionen in die behördengesteuerten „Beteiligungsformate“ des StandAG „einbinden“ – in Gremien, die viel reden können, aber nichts zu sagen haben? Oder organisieren sie sich unabhängig davon? Gelingt es, dass sich die Menschen von möglichst vielen potenziellen Standorten vernetzen, nicht gegeneinander arbeiten, sondern solidarisch ihre gemeinsamen Interessen artikulieren und dafür auf die Straße gehen?

Je früher sich Betroffene zusammenschließen und aktiv werden und in je mehr potenziellen Standortregionen sie dies tun, umso größer ist ihre Chance, zu einer machtvollen Stimme in der Auseinandersetzung um das StandAG zu werden. Darauf zu hoffen, dass der Kelch am eigenen Wohnort vorbei geht, macht keinen Sinn, denn wenn nach der zweiten Phase des Suchverfahrens nur noch wenige Gebiete übrig sind, wird es viel schwerer, Solidarität zu organisieren.

Doch solange die Behörden noch keine Landkarte mit den Regionen veröffentlicht haben, die grundsätzlich den Kriterien des Gesetzes entsprechen, weiß niemand mit Sicherheit, ob er oder sie betroffen sein könnte.

Wen kann es treffen?

Deshalb geht .ausgestrahlt folgenden Weg: Wir haben recherchiert, in welchen Landkreisen und kreisfreien Städten – oder in deren direkter Nachbarschaft – nach bisherigen Forschungen Salz, Ton und Kristallingestein in einer Form vorkommen, die es nicht ausschließt, dass dort

Was tun!?

Dein Landkreis oder Deine Stadt tauchen in der Karte auf? **Dann werde aktiv!**

→ Lade .ausgestrahlt zu einer Infoveranstaltung ein

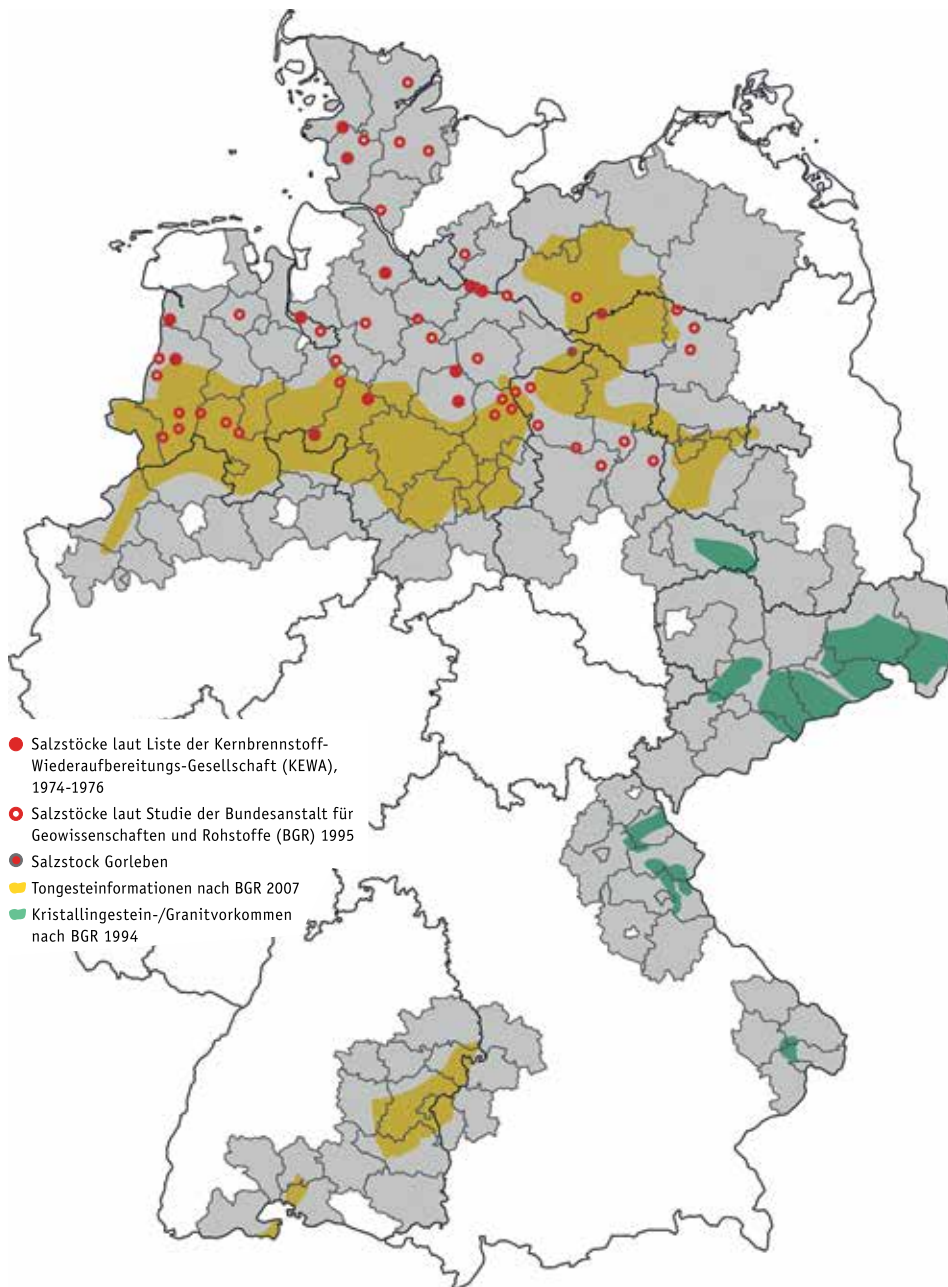
.ausgestrahlt vermittelt Referentinnen und Referenten, die in einer öffentlichen Veranstaltung das Suchverfahren nach StandAG erläutern und dabei zeigen, warum es nicht zielführend ist und die Interessen der Betroffenen zu kurz kommen. Möglicherweise kann aus einer solchen Veranstaltung auch die Gründung einer Bürger*innen-Initiative hervorgehen (oder eine bestehende BI stärken). Wende Dich mit Deiner Anfrage an info@ausgestrahlt.de

→ Gründe eine BI

Um eine starke, unabhängige Stimme der Betroffenen zu schaffen, braucht es eine Gruppe vor Ort, die sich in das Thema einarbeitet, die Bevölkerung auf dem Laufenden hält und sich in die politische Debatte einmischt. Gründe mit anderen, die aktiv werden wollen, eine Bürger*innen-Initiative (BI) oder reaktiviere eine schon bestehende. .ausgestrahlt gibt Dir gerne Tipps für eine erfolgreiche BI-Gründung und/oder informiert andere Atomkraftgegner*innen in deiner Region über einen ersten Termin.

→ Verbreite kritisches Infomaterial in der Region

.ausgestrahlt bietet Informationsmaterial an: vom druckfrischen Flyer mit knapp zusammengefassten Argumenten über eine 48-seitige neue Broschüre im praktischen A6-Format bis hin zu einem umfassenden Reader, der nach Auflösung der Atomüll-Kommission 2016 entstanden ist. In den nächsten Monaten werden weitere Materialien folgen und auf ausgestrahlt.de/standag ein umfangreicheres Angebot zum Thema zur Verfügung stehen. Materialien findest Du auf Seite 22 sowie auf ausgestrahlt.de/shop



Atomüll-Standort Deutschland: Landkreise und kreisfreie Städte, die von der Standortsuche betroffen sein können. Quellen: siehe ausgestrahlt.de/standortsuche

künftig Atomüll eingelagert wird. Diese Regionen haben wir auf einer Karte eingezeichnet, damit jede*r nachsehen kann, ob er*sie betroffen ist.

Achtung: Es können am Ende durchaus auch Gebiete betroffen sein, die in dieser Karte nicht eingezeichnet sind, denn die Behörden werten geologische Daten aus ganz Deutschland neu aus. Zudem ist bisher auch noch nicht absehbar, ob neben oberflächennahen Kristallinvorkommen (wie sie in den bisherigen Forschungen eine Rolle spielten und daher auch auf unserer Karte eingezeichnet sind) auch solche in Frage kommen, die in einer gewissen Tiefe liegen. Dann kämen zusätzlich zahlreiche Gebiete in

der Mitte des Landes (in Nord-Süd-Richtung) infrage.

.ausgestrahlt schlägt vor, dass sich die Menschen in den potenziell betroffenen Regionen bereits jetzt zu Bürger*innen-Initiativen (BIs) zusammenschließen oder bereits bestehende BIs reaktivieren. Wir unterstützen diese Gruppen dabei, die Bevölkerung mit kritischen Informationen über das offizielle Standortauswahlverfahren zu versorgen. Wir schlagen vor, dass sich die regionalen Initiativen in einem nächsten Schritt überregional vernetzen, um gemeinsame Positionen zu entwickeln und diese kraftvoll in die Atomüll-Debatte einzubringen. Machst Du mit?

Jochen Stay

„Helfen zu differenzieren“

Wolfgang Neumann

Diplom-Physiker und noch Geschäftsführer der intac GmbH i.L. – geht dieses Jahr in Rente. Ausgebildeter Elektromechaniker, hat Elektronik, Physik, Medizinische Physik und Nuklearmedizin studiert. Wohnt in Berlin und ist seit Jahrzehnten als Gutachter und Berater zu Transport, Zwischenlagerung, Konditionierung und Lagerung von radioaktiven Stoffen und Abfällen sowie zu Strahlenschutzaspekten tätig. Unter anderem entwickelte er Mitte der 1990er Jahre das Konzept zur dezentralen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente.

Gruppe Ökologie

Gegründet in Folge des „Gorleben-Hearings“ 1979, zunächst als Außenstelle des Öko-Instituts, ab 1980 dann als „Gruppe Ökologie – Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V.“ Später ergänzt durch eine GmbH, 1995 umbenannt in „intac Beratung · Konzepte · Gutachten zu Technik und Umwelt GmbH“. Der Verein löste sich 2008 auf, die GmbH ist in Liquidation und stellt ihren Geschäftsbetrieb Ende des Jahres ein.

Langfassung

Eine ausführlichere Langfassung des Interviews gibt's online unter ausgestrahlt.de/wolfgangneumann

Interview | Atommüll-Experte Wolfgang Neumann über kritische Wissenschaft, über Misserfolge, die sich ins Gegenteil verkehren, über Nachwuchsprobleme und über den Grat zwischen Opposition und Verbesserung

Wolfgang Neumann, in 16 Zwischenlagern stehen Castoren mit abgebrannten Brennelementen herum. Für drei Viertel davon warst Du der Ideengeber. Hast Du dafür eigentlich Ärger bekommen in der Bewegung?

Überraschend wenig. Im Vergleich zu dem, was ich heute für meine Forderung bekomme, an Zwischenlagerstandorten heiße Zellen zu bauen, war das ein Sturm im Wasserglas.

Die Anti-Atom-Bewegung hat jahrzehntelang vertreten, sich um Atommüll erst zu kümmern, wenn die AKW stillgelegt sind.

Diese Position fand ich politisch immer nachvollziehbar.

Aber Dein Zwischenlager-Vorschlag hat das Atommüllproblem der Betreiber gelöst.

Wenn man sich als Wissenschaftler damit beschäftigt, warum der Müll gefährlich ist, dann kommt man automatisch zu der Frage, was man denn besser machen könnte. Praktisch entscheidend war, dass Grüne und SPD irgendwann auf kommunaler und auf Landesebene Koalitionen gebildet haben, durch die auch ich in andere Situationen gekommen bin. Anfang der 1990er etwa hat die niedersächsische SPD-Umweltministerin Monika Griefahn einen Beirat für Fragen zum Ausstieg aus der Kernenergie gebildet. Da ging es unter anderem darum, was man tun kann, wenn Rot-Grün einmal die Bundesregierung stellt.

Was hat das mit den Zwischenlagern zu tun?

Für die SPD war das Wichtigste, die Wiederaufarbeitung zu beenden. Denn die WAA war der Weg zum Plutonium, also zu Atomwaffen. Aber es war klar: Wenn eine Regierung die Wiederaufarbeitung beenden will, dann muss etwas anderes her.

Viele hätten gesagt: nicht unser Problem!

Ich habe mir gesagt: Wiederaufarbeitung willst du nicht, Gorleben hältst du nicht für den richtigen Weg, und wenn die dann an die Regierung

kommen, müssen sie ja in der Lage sein, irgendwas zu tun. Also habe ich überlegt, was man denn anders machen könnte.

So kamen die dezentralen Zwischenlager raus.

Genau. In den letzten Zügen der Konzeptentwicklung bin ich dann an eigentlich öffentlich nicht zugängliche Unterlagen aus dem AKW Grohnde gekommen. Und siehe da, der Anlagenchef dort hatte sich überlegt: Die Probleme mit den Transporten, die möchte ich nicht lange durchhalten – könnten wir die Brennelemente nicht bei uns behalten? Ähnliche Ideen gab es auch im AKW Lingen. De facto lief das parallel, ohne dass die Politik das zur Kenntnis genommen hätte. Mein Papier landete dann ja auch erstmal in der Schublade. Erst Jürgen Trittin von den Grünen hat es 1998 gewissermaßen wieder rausgezogen, als er Minister war.

Das Papier war aber nicht unter der Voraussetzung eines Ausstiegs geschrieben?

Doch, doch. Das war die Randbedingung, die ich auch reingeschrieben hatte.

Einige Deiner Vorschläge sind im Zuge des rot-grünen „Atomkonsens“ Realität geworden. Trotzdem hast Du die Grünen für diesen sehr kritisiert.

... dafür, dass nicht alle AKW gleich abgeschaltet werden sollten oder zumindest schneller, als sie es vereinbart haben!

Du bezeichnest dich selbst als „kritischen Wissenschaftler“. Was bedeutet das?

Erstens, nicht nur kritisch gegenüber der eigenen Wissenschaft und ihren Ergebnissen zu sein, sondern auch dahingehend, wie und unter welchen Randbedingungen diese Ergebnisse zustande kommen. Wir haben in der „Gruppe Ökologie“ von Anfang an interdisziplinär gearbeitet – das hilft enorm, die betroffene Bevölkerung mitzunehmen und zu gucken, wo deren Bedürfnisse liegen. Es geht darum, das

Gesamtbild im Blick zu haben, „ökologisch“ im ursprünglichen Sinne. Das macht inzwischen so gut wie niemand mehr, jedenfalls nicht im Bereich Atomenergie. Zweitens geht es darum, dass das, was man als Fachwissenschaftler tut, auch in die Gesellschaft eingebunden ist. Ich erlebe heute häufig, dass Leute ihr Ding machen, und ob das für die Gesellschaft gut oder schlecht ist, überlegen sie sich wenn überhaupt dann hinterher. Drittens ging es mir immer auch darum, den Bürgerinitiativen, Gruppen und Kommunen sachliche Informationen zur Verfügung zu stellen, damit sie sich nicht nur politisch, sondern auch fachlich auf möglichst hohem Niveau etwa gegen eine Atomanlage wehren können. Und damit sie das, was an Fachchinesisch von der anderen Seite kommt, verstehen können.

Empowerment zum Abwehrkampf also.

Wobei mir wichtig ist, die kritische Wissenschaft nicht darauf zu reduzieren, gegen etwas zu sein, und fachwissenschaftlich zu dramatisieren oder politisch zu skandalisieren. Sondern zu versuchen, die Sachen realistisch darzustellen. Ich will zumindest den Leuten, die es wollen, helfen zu differenzieren.

Das klingt, als ob nicht alle das wollten.

Bestes Beispiel ist die Freigabe gering radioaktiver Materialien, die etwa beim Abriss von AKW anfallen. Ich habe viel versucht dafür zu tun, dass die abgeschafft wird oder dass anders mit dem Material umgegangen wird: Man sollte die Hintergrundstrahlung und damit das Krebsrisiko nicht noch zusätzlich erhöhen. Aber es ist kein Katastrophenthema für mich – anders als für einige in den Bürgerinitiativen.

Und darüber hinaus?

Darüber hinaus muss es meiner Meinung nach auch Aufgabe eines kritischen Wissenschaftlers sein, aktiv eigene sicherheitstechnische Konzepte oder Verbesserungen dagegensetzen. Deshalb hatte ich auch keine Probleme, in die Reaktorsicherheitskommission, die Strahlenschutzkommission und die Entsorgungskommission zu gehen. Ich dachte: Mit deinen Argumenten kannst du da die Leute wenigstens zum Nachdenken bringen – wobei



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

ich schon die Hoffnung hatte, mit mehreren anderen kritischen Wissenschaftler*innen gemeinsam darin auch was ändern zu können.

Hat diese Hoffnung sich erfüllt?

Anfangs schon, fand ich. Da haben etwa die RSK-Stellungnahmen einen deutlich höheren Sicherheitsanspruch formuliert als zuvor. Ab 2009 etwa ging's dann aus meiner Sicht aber wieder bergab. Da sind dann immer mehr Vertreter von betriebernahen Organisationen in die RSK reingekommen.

Das Gegenargument gegen solche Gremienarbeit lautet, dass man auf diese Weise strukturell eingebunden und so auch moralisch oder argumentativ geschwächt wird.

Das ist sicher so: In der Zeit bin ich öffentlich sehr viel weniger offensiv aufgetreten. Und natürlich mussten viele Kompromisse für die Stellungnahmen gemacht werden. Da kannst du dann nicht am nächsten Morgen zu „Panorama“ gehen und sagen: alles ganz großer Mist. Aber unterm Strich würde ich sagen, dass ich ohne krummen Rücken wieder rausgekommen bin.

Es gibt inzwischen einige, die spotten, es wäre höchste Zeit, mal ein Öko-Institut zu gründen – weil diese einstmals kritische Institution, die wie Du die Bürgerinitiativen unterstützt hat, heute de facto nur noch als Vertreter der grünen Umweltminister arbeitet ...

Das sehe ich auch als Problem. Früher kritische Büros sind durch die öffentlichen Aufträge

absorbiert. Da ist kaum noch offensives kritisches Auftreten möglich.

Und Du machst Deinen Laden auch noch zu!

Irgendwann muss mal Schluss sein. Auch kritische Wissenschaftler haben das Recht auf Rente. Und es steht niemand auf der Matte, der den Laden in unserem Sinne fortführen könnte – leider.

Hat die Bewegung versäumt, sich Nachwuchswissenschaftler*innen heranzuziehen?

Schon. Immerhin gibt es jetzt die vom „Atommüllreport“ organisierte „Sommerakademie“, die Interessierte von verschiedenen Unis an das Thema heranführt. Aber wir selbst haben es ja auch nicht geschafft, die jungen Leute bei uns zu halten. Ich kann nur hoffen, dass möglichst bald jemand auf die Idee kommt, da was Neues zu gründen.

Manche halten das Atomthema mehr oder weniger für durch. Siehst Du trotzdem noch Bedarf an wissenschaftlicher Expertise?

Ja. Der Atommüll ist da und es muss ein möglichst sicherer Umgang damit gefunden werden. In diesem Zusammenhang hatten und haben auch wir noch genug zu tun, hauptsächlich in zwei Großprojekten. Das eine ist die Asse: Mein Kollege Jürgen Kreuzsch und ich sind in der „Arbeitsgruppe Optionen Rückholung“ (AGO), die für die Asse-II-Begleitgruppe die Planungen und Arbeiten kritisch begleitet – die Bürgerinitiativen um die Asse wollten auch wissenschaftlich mitreden können.



Castor-Transporte vermeiden heißt Transport-Gefahren vermeiden – und weniger Ärger

Foto: Simon Avenia / PubliXviewing

Die Geschäftsstelle der AGO sitzt im ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe – ausgerechnet bei denen, die damals den meisten Druck für die Inbetriebnahme der Asse als Atommülllager ausgeübt haben!

Das heutige KIT (ehemals Kernforschungszentrum Karlsruhe) gehört auch heute zu den Institutionen, die Druck auf die Inbetriebnahme von Konrad ausüben. Aber die Kollegen aus Karlsruhe, die mit in der AGO sitzen, sind nicht Teil des operativen Geschäfts mit den Abfällen. Natürlich sind trotzdem manchmal Kompromisse nötig, aber das ist auch gut begründet, da im Konsens verabschiedete AGO-Stellungnahmen ein größeres Gewicht haben.

Um was für Themen geht es in der AGO?

Wenn man den Asse-Müll rausholt, muss er erstmal irgendwo hin. Also bleibt nur, eine Konditionierungsanlage und ein Zwischenlager zu bauen. Ich habe darauf schon vor Jahren hingewiesen, aber das ist damals grandios verdrängt worden. Erst als das Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) vor Ort einen Standort suchen wollte, gab es den großen Aufschrei. Das BFS hatte unter intensiver Einbeziehung der AGO zwar einen Katalog für eine Suche nach wissenschaftlichen Kriterien entwickelt, diese aber nur in der Asse-Region durchgeführt. Nach unserer Meinung sollte der Katalog jedoch ohne räumliche Vorfestlegung angewendet werden. Da sind die Meinungen dann hart aufeinandergeprallt. Aber eine Standortfestlegung muss für die Bevölkerung nachvollziehbar sein. Dazu gehört eine Abwägung der Strahlenbelastungen für nahe oder ferne Standorte, und zwar auch unter Berücksichtigung der notwendigen Transporte. Wir haben immer argumentiert, dass das Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung auch diese umfasst. Das BFS hat das hier erstmals aufgegriffen.

Weil die Betrachtung zeigt, dass dann nur ein Standort in der Nähe der Asse in Frage kommt – das passte ihnen in den Kram!

Ja. Aber davon kommen sie meiner Ansicht nach bei künftigen Vorhaben nun schwer wieder runter. Das verbuche ich schon als Erfolg.

Was ist das andere Großprojekt, an dem Du beteiligt bist?

Entria – ein Projekt des Forschungsministeriums, das die Diskussion über den weiteren Umgang mit dem Atommüll auf breite Beine stellen sollte. In Deutschland sind ja immer nur Salz, direkte Endlagerung und Gorleben untersucht worden. Entria sollte den Bogen über Ton bis zu hartem Gestein spannen. Und klären, ob nicht ein Lager mit Rückholbarkeit oder gar die dauerhafte Oberflächenlagerung die bessere Option wäre.

Das Standortauswahlgesetz (StandAG) gab es damals ja noch nicht. Haben denn die Ergebnisse von Entria in irgendeiner Form Eingang gefunden in dieses Gesetz?

Das war aufgrund der zeitlichen Abfolge nicht möglich. Das StandAG hat stattdessen Einfluss auf Entria genommen. Ursprünglich waren wartungsfreie Endlagerung, Tiefenlagerung mit Rückholbarkeit sowie Oberflächenlagerung hier drei gleichberechtigte Optionen, die nebeneinander standen und möglichst verglichen werden sollten. Im Entria-Abschlussbericht werden sie nun aber leider als eine einzige integrierte Option dargestellt werden.

Du warst 30 Jahre im Geschäft. Was war früher anders als heute?

Unter anderem war die Konfrontation mit den Atomkraftbefürwortern viel härter als heute. Mit den Grünen hatte man einen parlamentarischen Arm. Heute sind die Bürgerinitiativen

oftmals auf sich allein gestellt. Bei Akten-einsichten bekam man Unterlagen meist umfassend zur Verfügung gestellt. Heute ist alles geschwärzt.

Warum?

Es wird immer mit Terror argumentiert – oder mit Geschäftsgeheimnissen. Da geht es zum Beispiel um bestimmte Berechnungsmethoden, die der Betreiber nicht zur Verfügung stellen will, weil das „geistiges Eigentum“ sei. Ohne die kannst du Sachverhalte aber kaum beurteilen.

Was war Dein größter Misserfolg in all den Jahren?

Das Gerichtsverfahren zu den Zwischenlagern Gundremmingen, Grafenrheinfeld und Isar. Da haben wir überzeugende Argumente auf den Tisch gelegt und trotzdem verloren. Zugleich wurde es aber einer der größten Erfolge.

Wie das?

Weil genau dieselben Argumente eins zu eins dann im Prozess gegen das Zwischenlager Brunsbüttel entscheidend mit zum Erfolg beigetragen haben.

Du weist seit Langem darauf hin, dass die Zwischenlagerung Jahrzehnte länger dauern wird, als bisher angenommen. Was heißt das?

Dass die Sicherheitsstandards erhöht und die Hallen stabiler werden müssen – siehe das Brunsbüttel-Urteil. In Ahaus und Gorleben sowie bei den Hallen in Süddeutschland ist da nichts anderes als ein Neubau möglich. An den Nordstandorten muss man kucken, inwieweit Nachrüstung ausreicht. Und es sind heiße Zellen notwendig.

Welchen Punkt darüber hinaus sollten Bundes- und Landesregierungen dringend angehen?

Wenn ich ernsthaft nach einem tiefengeologischen Atommülllager suchen will, dann muss ich jetzt an den Zwischenlager-Standorten diskutieren, was mit dem Müll in den kommenden Jahrzehnten passieren soll, bis ein solches in Betrieb geht. Zudem sollten die Regierungen eine ernsthafte Öffentlichkeitsbeteiligung in allen Verfahrensstufen organisieren, für Transparenz sorgen und Kritik und Argumente ernsthaft aufnehmen. Wie selbst grüne Minister heute damit teilweise umgehen, da wundere ich mich schon. Man nehme nur die Debatte um den AKW-Schutt!

Interview: Armin Simon

Super-GAU im Bigbag

Aktion | Schwarze Säcke, gefüllt mit radioaktiv verseuchtem Erdboden, sind zum Symbol für die Folgen des Super-GAU von Fukushima geworden: Sie stehen an 147.000 Orten herum. Wie sähe das bei uns aus?



Der Boden ist Atommüll geworden, von heute auf morgen, in einer ganzen Region. Er trägt jetzt Cäsium, Plutonium und anderen Dreck in sich. Er strahlt, Wind und Regen treiben radioaktive Partikel umher – eine ständige Gefahr. Der Boden soll weg.

In der Sperrzone rings um das havarierte AKW Fukushima ist das seit vielen Jahren Realität. Großräumig tragen Bagger rings um die evakuierten Siedlungen die obere Erdschicht ab; so soll die Strahlenbelastung sinken und das Gebiet – zumindest offiziell – wieder bewohnbar werden. Es ist ein verzweifelter Versuch, der Katastrophe Herr zu werden.

Das kontaminierte Material landet in großen, schwarzen Bigbags, die sich überall zu immensen Halden auftürmen, bisweilen mit Planen abgedeckt und hinter Sichtschutzzäunen versteckt, manchmal so weit das Auge reicht. 147.000 dieser improvisierten Zwischenlager, insgesamt 13 Millionen Kubikmeter Strahlenmüll, hat Greenpeace in Fukushima vergangenen Sommer gezählt. Bis zu den nächsten Häusern sind es oft nur ein paar Meter. Keiner weiß, wie lange die provisorische Verpackung der Witterung standhält – und was dann mit dem Strahlenmüll passieren soll.

Die Berge an schwarzen Säcken sind zum Symbol für die kaum fassbaren Folgen der Atomkatastrophe geworden. Sie machen das Ausmaß der Verseuchung sichtbar und zugleich deutlich, wie begrenzt die Möglichkeiten sind,

die Katastrophe einzudämmen. Denn ein Großteil der Region, bewaldete, bergige Gebiete, kann überhaupt nicht dekontaminiert werden.

Ein Super-GAU in einem deutschen AKW würde, weil die nicht am Ozean liegen, noch weit mehr Festland kontaminieren als in Fukushima. Die schwarzen Halden wären noch größer. Sie könnten auch in Deiner Stadt herumliegen. Wie das aussähe?

→ Klebe die diesem Heft beiliegende Schablone auf Pappe auf und schneide sie aus. Suche markante Orte in Deiner Nähe, **halte die Schablone vor Handy oder Kamera** – und klick!

→ Für **elektronische Fotomontagen** kannst Du bereits freigestellte Strahlenmüll-Säcke auf ausgestrahlt.de/bigbags herunterladen.

→ **Poste die Bilder** in Deinen sozialen Netzwerken unter dem Hashtag **#FukushimaUeberall**
→ Erstelle **Plakate** oder **Postkarten**, die Du für wenig Geld drucken und nutzen kannst.

→ Lass einen großen Ausdruck machen und hänge ihn bei einer **Mahnwache** zum Fukushima-Jahrestag auf.

→ Stelle Dein Bild (als Datei) der örtlichen **Presse** (gut geeignet sind auch kostenlose Anzeigenblätter und Online-Portale) zur Verfügung.

→ **Bestelle kostenlos weitere Schablonen** im .ausgestrahlt-Shop (Seite 23), lege sie aus oder verteile sie bei der Fukushima-Mahnwache und anderen Gelegenheiten, damit sich noch mehr Menschen an der Aktion beteiligen können. ausgestrahlt.de/bigbags

„Fukushima mahnt“

An vielen Orten in Deutschland wird es auch in diesem Jahr rund um den 7. Jahrestag der Atomkatastrophe **Mahnwachen und Aktionen** geben. Eine Übersicht findest Du auf ausgestrahlt.de/jahrestage2018

→ Dein Ort ist noch nicht dabei? Dann organisiere selbst eine Mahnwache, Aktion oder Veranstaltung! .ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material und Tipps.



Auf die Straße geht es bei

Demos in Berlin und Neckarwestheim. Auftakt in Berlin ist am Samstag, 10. März um 13 Uhr am Pariser Platz. Die Demo zum AKW Neckarwestheim startet am Sonntag, 11. März um 13 Uhr am Bahnhof Kirchheim/Neckar. Plakate und Flyer gibt's kostenlos im .ausgestrahlt-Shop.

Kinofilm „Furusato“

Der Dokumentarfilm über die Stadt Minamisōma, deren südlicher Teil bis vor Kurzem noch Sperrgebiet war, kommt am 8. März in die Kinos.

→ Rege bei der Betreiber*in Deines **Lieblingskinos** an, den Film ins Programm zu nehmen.

→ Der **.ausgestrahlt-Aktionsflyer zum Film** schlägt die Brücke zur Atomgefahr in Deutschland. Du kannst ihn kostenlos bestellen (Seite 23) und nach den Vorstellungen verteilen.

→ .ausgestrahlt vermittelt Dir gerne **Referent*innen**, die direkt nach der Filmvorführung im Kino mit den Zuschauer*innen diskutieren. ausgestrahlt.de/furusato



Ausstellung & Broschüre

Die **.ausgestrahlt-Ausstellung** „Fukushima, Tschernobyl und wir“ informiert auf 15 Plakaten mit Fotos, Grafiken und kurzen Texten über die beiden Reaktorkatastrophen – gut geeignet für alle Orte mit Publikumsverkehr. Weitergehende Fragen beantwortet die handliche **.ausgestrahlt-Broschüre** „Tschernobyl und Fukushima“. Bestellung auf Seite 23.



„Viele wollen nicht zurück“

Interview | Fukumoto Masao, Journalist, über Dekontaminationsversuche und soziale Konflikte in der Sperrzone um Fukushima, über Streit um Entschädigungen und über Evakuierte, die woanders bleiben wollen



Foto: privat

Fukumoto Masao

Fukumoto Masao, 60, lebt als freier Journalist in Berlin. Der frühere Einkäufer eines japanischen Unternehmens in der DDR arbeitet heute vor allem für japanische Medien. Er beschäftigt sich viel mit Atomkraft, eines seiner Bücher behandelt die radioaktive Kontamination Deutschlands durch Tschernobyl. Mehrfach hat er in den vergangenen Jahren die Gegend um Fukushima besucht, zuletzt im Sommer 2017. Über seine Erfahrungen in Fukushima berichtet er auch in der Zeitschrift „Strahlentelex“.

Herr Fukumoto, was bemerkt man in der Region Fukushima nach sieben Jahren von dem Super-GAU?

Fukumoto Masao: Wenn man in Fukushima-City, 70 Kilometer nordöstlich der havarierten Reaktoren, vor dem Bahnhof steht, bemerkt man erst mal gar nichts von der Katastrophe. Da ist Normalität eingekehrt. Viele hier wollen auch vermeiden, dass man über die Gefahren spricht. Sie wollen einfach alles wieder so machen wie früher. Aber man sieht Messstellen, die es vorher nicht gab. Man muss immer noch auf Radioaktivität achten. Und frühmorgens auf dem Weg in die Stadt habe ich gesehen, dass auch hier noch dekontaminiert wird.

Die eigentliche Sperrzone nach dem Super-GAU reichte nur 20 Kilometer um das AKW. Mehr als 150.000 Menschen mussten damals ihre Häuser verlassen. Wie viele davon sind sieben Jahre später schon zurückgekehrt?

Schwer zu sagen. Nehmen wir Minamisōma, nördlich des AKWs. Diese Stadt war dreigeteilt: Der südliche Bezirk, Odaka, lag in der Sperrzone, da mussten alle fliehen. In dem angrenzenden Bezirk war die Evakuierung nur empfohlen. Und der nördliche war offiziell gar nicht betroffen. Die Sperrzone in Odaka wurde im Juni 2016 aufgehoben. In dem Jahr seither sind von den ehemals 13.000 Einwohner*innen nur circa 2.000 zurückgekehrt.

Wo sind die übrigen 11.000?

Keiner weiß es. Es ging hier ja nicht um eine Evakuierung von ein paar Wochen Dauer – die Menschen konnten jahrelang nicht mehr nach Hause! Die wohnten erst in Notunterkünften, dann in provisorischen Bauten. Irgendwann suchen Sie sich dann etwas anderes. Ob sie überhaupt je zurückkommen, ist unklar.

Was ändert sich für sie, wenn die Regierung die Sperrzone in ihrem Heimatort aufhebt?

Dann zählen sie nur noch als freiwillig Evakuierte und erhalten nach einem Jahr keine Entschädigung mehr.

Ein ökonomischer Druck, zurückzukehren.

Ja. Aber in der ehemaligen Sperrzone gibt es keine Jobs. Da müsste man erst einmal wieder Firmen ansiedeln. Vor allem die Jüngeren, die mit Kindern, wollen überhaupt nicht zurück. Zurückgekehrt sind fast ausschließlich Alte.

Kann man einfach einziehen in das Haus, das man vor dem Super-GAU bewohnt hat?

Nein, das geht nicht. Dekontaminiert wurde ja nur außen. Aber Möbel, Vorhänge, das ganze Inventar ist auch radioaktiv verseucht. Das müssen sie alles erst einmal entsorgen!

Alles auf den Müll?

Nicht nur das. Ich war in so einem sanierten Haus: Wandverkleidung, Fußbodenbeläge – da war alles neu. Nur die Stützen waren stehen geblieben. Der Besitzer war Strahlenschutzbeauftragter eines Unternehmens, der kannte sich ein bisschen aus. Wenn er das Messgerät nach oben halte, sagte er, stiegen die Strahlenwerte: weil noch immer radioaktive Stoffe in der Decke drin sind ... Weil jahrelang niemand in den Häusern gewohnt hat, ist zudem viel Ungeziefer drin – auch nicht so schön!

Etliche Häuser werden auch abgerissen, ...

... meist ohne ausreichenden Strahlenschutz! Die Bauarbeiter haben davon keine Ahnung.

Gibt es Schulen, Kitas?

Ja, die haben sie alle renoviert. Aber es gibt keine Kinder. Sie hoffen nun, dass welche aus

den nicht evakuierten Gebieten kommen. Die Regierung sagt, das sei alles sicher. Aber wer kleine Kinder hat, hat Angst. Die Werte sind nur in der Siedlung reduziert. Je näher man der Natur kommt, desto höher werden sie.

Ich kenne ein Ehepaar in Fukushima-City, da will der Mann zurück, die Frau nicht. Um ihr ehemaliges Haus wurde 20 Meter weit dekontaminiert, also Erdreich abgetragen, Mauern abgekratzt und so weiter. So eine Dekontamination eines Hauses kostet etwa 100.000 Euro. Aber wenn der nächste Sturm kommt, ist alles wieder voll mit radioaktivem Staub. Das Haus steht am Fuß des Gebirges, und das kann man gar nicht dekontaminieren. Wenn man das Messgerät in Richtung Gebirge hält, klettert es auf 10 Mikrosievert pro Stunde.

... das Zehn- bis Hundertfache der natürlichen Strahlenbelastung in Deutschland.

Die müssten eigentlich Bleifolie an die Wand kleben. Und jeder Wind bläst kontaminiertes Laub und anderes von den Hügeln runter ...

Wie ist es um den sozialen Frieden bestellt?

Schwierig. Wenn man wegziehen musste, bekam man Entschädigung. Wohnte man 100 Meter weiter, außerhalb der Sperrzone, zählte man nur als freiwillig Evakuierter und bekam kein Geld. Das schürt Neid. Das erwähnte Ehepaar etwa, wenn das jetzt in sein altes Haus zurückkehren will, dann sagt ihr jetziger Vermieter: Ihr habt viel Geld, also müsst ihr für die Räumung eurer zwischenzeitlich genutzten Wohnung viel Geld bezahlen.

Ich kenne auch einen Bauern aus der Zone, der energisch darum kämpft, auch für seine Tiere Entschädigung zu bekommen. Kriegt er dann 7.500 Euro pro Kuh, werden alle anderen neidisch. In der ganzen Präfektur, sagt seine Frau, habe man jetzt gesellschaftliche Konflikte.

Waren Sie auch in der Sperrzone selbst?

2015 bin ich mal durchgefahren, die Straße von Norden nach Süden ist freigegeben. An jeder Kreuzung passt ein Wachmann auf, dass niemand ohne Genehmigung abbiegt. Sonst sieht man niemanden. Und an allen Hauseingängen sind Gitter, gegen Diebstahl.

Wie hoch ist die Strahlung?

Auf der Straße selbst nicht so hoch. Aber an manchen Stellen sind Anzeigen angebracht, die sehr hohe Werte zeigen – wenn der Messpunkt neben der Straße liegt. Drei, vier Mikrosievert

pro Stunde, das ist ziemlich viel. Und das zehn Kilometer vom AKW entfernt!

Damals war ich auch in einer gerade zur Rückkehr freigegebenen Stadt, Naraha, südlich des AKWs. Es war die zweite oder dritte freigegebene Ortschaft überhaupt. Das war gruselig, weil man dort fast keine Menschen sah. Die Messstelle am Rathaus zeigte 0,4 Mikrosievert pro Stunde – nicht wenig, aber noch erlaubt. Man hat versucht, für die Rückkehrenden was zu machen, hat provisorische Restaurants und Läden gebaut. Aber die werden überwiegend bloß von Dekontaminationsarbeiter*innen oder welchen aus dem AKW besucht. Einheimische sind so gut wie keine zurückgekommen.

Was ist die Ziel der Regierung?

Sie will spätestens 2023 die gesamte Sperrzone wieder freigeben. Zu Olympia 2020 sollen Wettkämpfe in Fukushima stattfinden!

Wieviel Prozent der Japaner*innen sind gegen Atomkraft?

In ganz Japan eine kleine, aber eindeutige Mehrheit, in Fukushima etwas mehr.

War das vor der Katastrophe auch schon so?

Nein. Die AKW-Standorte haben unglaublich viel Geld bekommen. Die Mehrheit dort, vor allem aber die Politiker*innen, waren daher immer für die AKW. Und selbst wenn die Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomkraft ist, so wählt sie doch Parteien, die für Atomkraft sind – auch heute noch.

2011 gab es große Anti-Atom-Demos.

Für japanische Verhältnisse sind sie noch immer groß. Aber das Interesse nimmt ab.

Was hat Sie am meisten erstaunt bei Ihrem Besuch in Minamisōma im Sommer?

Wie aktiv einige Leute dort sind. Eine Messstellen-Initiative baut mit einem Landwirt zusammen Raps an – auf Feldern, auf denen wegen der radioaktiven Kontamination kein Reisanbau mehr möglich ist. Das sind alles alte Leute. Aber sie haben extra eine Maschine gekauft, mit der sie den Raps ernten, und lassen dann Öl, Dressing und Majo daraus herstellen; künftig wollen sie auch das selbst übernehmen.

Sind diese Produkte nicht kontaminiert?

Die Radioaktivität bleibt in den Rückständen. Das haben sie von Tschernobyl gelernt.

Interview: Armin Simon

4

Von den 54 Reaktoren, die vor dem Super-GAU in Japan Strom erzeugten, sind sieben Jahre später ganze vier wieder in Betrieb. Ein fünfter, im August 2016 gestarteter Reaktor musste nach einem Gerichtsbeschluss im Dezember 2017 vorläufig wieder vom Netz. Die Richter stuften die Risikoeinschätzung der Atomaufsichtsbehörde als unzureichend ein und warfen dieser „irrationales“ Handeln vor.

26

Die Neuerkrankungsrate von Kindern und Jugendlichen an Schilddrüsenkrebs in der Präfektur Fukushima ist etwa 26 mal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Allein von April 2014 bis März 2016 sind 49 zuvor gesunde Kinder neu an Schilddrüsenkrebs erkrankt. Statistisch zu erwarten gewesen wäre gut eine Neuerkrankung pro Jahr. Insgesamt sind bei dem in Folge des Super-GAUs eingeführten Screening in der Präfektur bisher 191 Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern und Jugendlichen entdeckt worden.

5.000

Nach Angaben des AKW-Betreibers Tepco sind jeden Werktag im Schnitt mehr als 5.000 Arbeiter*innen auf dem AKW-Gelände mit Sicherheits- und Aufräumarbeiten beschäftigt. Alle drei Reaktoren, in denen es 2011 zur Kernschmelze kam, müssen weiterhin gekühlt werden; wie es in ihrem Innern aussieht, ist nur rudimentär bekannt. In allen dreien sind die nahezu ungeschützten Brennelementlagerbecken zudem noch mit Brennstäben gefüllt; lediglich das Becken von Block 4 konnte bisher geräumt werden.



Foto: pxhere.com

Stillstand im Sturm

Hintergrund | Weht der Wind, ordnen Netzbetreiber immer häufiger das Abschalten von Windenergieanlagen an; die Kosten tragen die Verbraucher*innen. Eine Kontrolle ist unmöglich: Die Daten dafür haben nur die Netzbetreiber

Der Coup war gut platziert am Neujahrs-morgen. Während draußen die Neujahrsstürme tobten, warnte der Chef des Übertragungsnetzbetreibers Tennet, Lex Hartmann, unter Verweis auf vorläufige Bilanzzahlen seines Unternehmens vor den hohen Kosten, die für Eingriffe zur Stabilisierung des Stromnetzes nötig seien. Fast eine Milliarde Euro habe Tennet 2017 dafür ausgegeben und auf die Netzgebühren aufgeschlagen. Abhilfe, so Hartmann, könne nur ein schnellerer Ausbau der Übertragungsnetze bringen.

Was der Tennet-Chef nicht sagte, ist, wie viele Millionen nur deshalb anfielen, weil unflexible konventionelle Kraftwerke, an erster Stelle AKW, selbst bei starkem Windstromangebot ihre Produktion nicht einstellen, sondern ungerührt weiter Strom ins Netz drücken (siehe Infografik Seite 24). Für diesen ökologischen Unsinn, der allen Zielen der Energiewende widerspricht, zahlen die Verbraucher*innen gleich dreifach drauf. Erstens erhöhen die für den abgeregelten Ökostrom anfallenden Entschädigungen die Netzgebühren. Zweitens steigt aufgrund der Kraftwerksüberkapazitäten der Stromexport in windigen Zeiten stark an; das macht wiederum vermehrt Redispatchmaßnahmen* notwendig, deren Kosten die Netzbetreiber ebenfalls auf die Netzgebühren umlegen. (*Dabei werden, als virtueller Stromleitungsersatz, konventionelle Kraftwerke im Norden herunter- und andere im Süden dafür hochgeregelt, beides gegen Entschädigung.) Drittens sinken aufgrund des Überangebots an Strom die Börsenstrompreise ins Bodenlose, bisweilen gar unter Null; entsprechend steigt die EEG-Umlage, welche die

Differenz zwischen Einspeisevergütung und dem für den Ökostrom an der Börse erzielbaren Preis abdecken muss.

Abregelung ohne Kontrolle

Im Jahr 2016 beliefen sich allein die Entschädigungen für abgeregelten Ökostrom – Strom, den die bestehenden Windenergie- und Solaranlagen hätten erzeugen können, aber auf Anweisung des Netzbetreibers nicht erzeugen durften – bundesweit auf 373 Millionen Euro. Im ersten Quartal 2017 – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – fielen bereits 142 Millionen Euro an. Etwa drei Viertel des abgeregelten Stroms betreffen Windenergie-Anlagen, die in Schleswig-Holstein stehen oder dort ans Stromnetz angebunden sind, wie etwa die Offshore-Windparks vor den schleswig-holsteinischen Küsten.

Eine der am stärksten überlasteten Leitungen der Republik ist die Höchstspannungsleitung entlang der Elbe: Windstrom von der Westküste Schleswig-Holsteins und aus den dort angebundenen Offshore-Windparks konkurriert hier mit dem Atomstrom aus dem AKW Brokdorf – das seine Leistung selbst bei kräftigem Wind um maximal ein Drittel drosselt.

Angesichts der erheblichen Kosten ist umso verwunderlicher, dass offenbar niemand kontrolliert, ob die Abregelungen der Ökostromanlagen angemessen sind und den gesetzlichen Vorgaben (Einspeisevorrang für erneuerbare Energien!) entsprechen. Vielmehr ordnen die Netzbetreiber die Abschaltungen der Wind- und Solaranlagen in eigener Regie an; die Kosten schlagen sie auf die Netzgebühren auf. Selbst die Bundesnetzagentur weiß nach eigener Aussage nicht, wie

viel Ökostrom zu welchem Zeitpunkt in welcher Region produziert wird bzw. hätte produziert werden können, aufgrund des sogenannten Einspeisemanagements (EinsMan) aber nicht produziert werden durfte. Die entsprechenden Daten liegen nur den jeweiligen Netzbetreibern selbst vor, die sie bisher nicht veröffentlichen. Für Schleswig-Holstein errechnete das dortige Umweltministerium, dass im Jahr 2016 mehr als ein Fünftel der potenziellen Onshore-Windstromerzeugung aufgrund von Abregelungen verloren ging.

Neuregelung im Atomgesetz

Ein Weg, die netzverstopfenden AKW schneller abzuschalten, wäre, sie maximal die Strommenge noch produzieren zu lassen, die ihnen der rot-grüne „Atomkonsens“ von 2001 zugestanden. Dafür müsste der Bundestag die Übertragung ungenutzter Reststrommengen bereits abgeschalteter Meiler auf noch laufende Anlagen verbieten – eine Forderung, die, was das AKW Brokdorf angeht, auch die Jamaika-Regierung in Schleswig-Holstein erhebt. Eine Gelegenheit dazu könnte die sowieso anstehende Neuregelung zu den Reststrommengen sein, die das Bundesverfassungsgericht der Regierung bis Mitte 2018 aufgetragen hat. Hintergrund sind eventuelle (niedrige) Entschädigungsansprüche einiger Betreiber aufgrund der 2011 erfolgten AKW-Abschaltungen. „ausgestrahlt fordert, in diesem Zusammenhang auch die durch den Weiterbetrieb der unflexiblen Meiler verursachten Kosten zu berücksichtigen, die bisher auf die Netzgebühren umgelegt werden.“

Armin Simon

Atomkraft in Südkorea

Hintergrund | Doppelte Kehrtwende: Auf Druck der Atomlobby bläst die Regierung den angekündigten Ausstieg wieder ab. Doch die Sorge vor Unfällen durch Erdbeben nimmt zu

Ein Erdbeben hat die Diskussion um die Atomkraft in Südkorea wieder aufgerüttelt. Die koreanische Landmasse galt lange als besonders fest, fast völlig sicher vor Erdstößen. Dann jedoch bebte es am 15. November in der Hafenstadt Pohang an der koreanischen Ostküste so heftig, dass Tausende von Häusern beschädigt wurden. Es stellte sich heraus, dass die Gegend auf solche Ereignisse nur schlecht vorbereitet ist. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich schnell auf die Nuklearpläne der Regierung: Die meisten AKW des Landes liegen in dieser Region.

Südkorea findet derzeit keine klare Linie, was Atomkraft angeht. Präsident Moon Jae-jin war im Mai mit dem Versprechen angetreten, den Neubau von AKW zu stoppen – eine Abkehr von Südkoreas betont atomfreundlicher Politik. Ihm schwebte die Vision einer komplett atomfreien koreanischen Halbinsel vor; nur so ließe sich auch Nordkorea überzeugen, seine Nuklearambitionen fallen zu lassen. Im Juni ließ er den Bau zweier neuer Blöcke des AKW Singori auf Eis legen. „Wir wollen die atomzentrierte Politik aufgeben und die Ära der Atomkraft wieder verlassen“, sagte er bei einer Veranstaltung zur Stilllegung des veralteten Reaktors Gori-1.

Atomausstieg ... in 40 Jahren

Doch schon im Oktober vollzog Moon eine erneute Kehrtwende: Er bestätigte die Baugenehmigung für die Reaktoren Singori-5 und 6. Man folge damit den Vorgaben der eingesetzten Kommission, redete sich ein Sprecher heraus. Die Regierung sehe für den Ausstieg nun einen Zeithorizont von 40 Jahren vor. Das Lippenbekenntnis zum atomfreien Korea bleibt also bestehen – die Pläne sind bloß auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Und es gilt weiterhin der „Langfristplan für Stromversorgung und -nachfrage 2015–2029“, wonach die AKW-Kapazitäten erst einmal um 28 Prozent aufgestockt werden sollen. Die Befürworter*innen

 in Betrieb
 im Bau

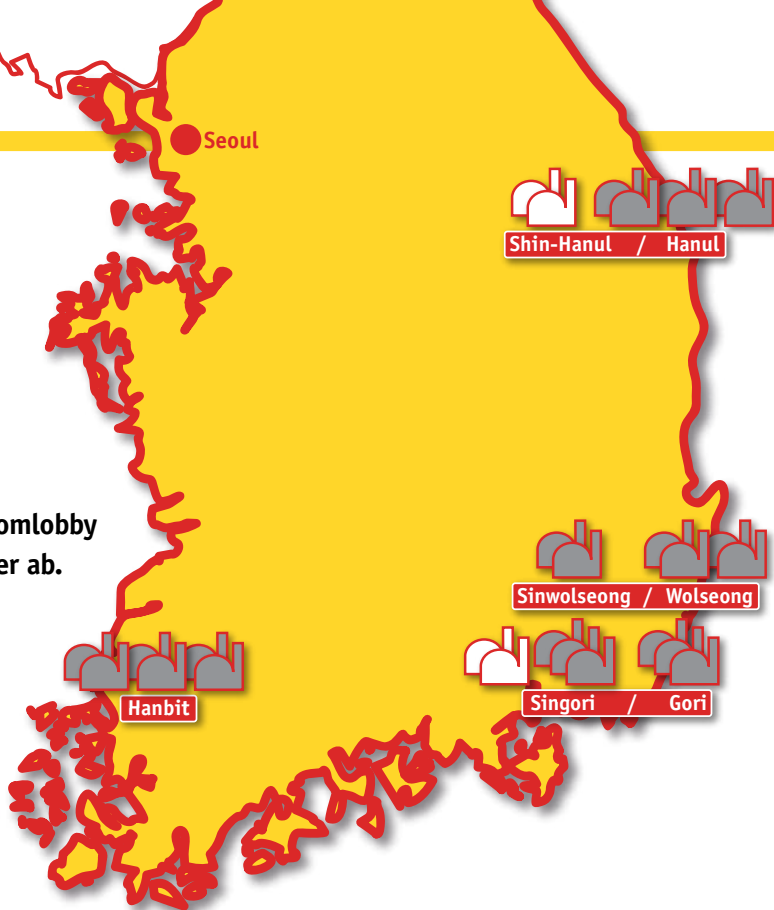
verweisen auch darauf, dass so Treibhausgasemissionen reduziert würden. Derzeit decken 24 Reaktoren ein Drittel des Strombedarfs.

Lobby-Gruppen hatten zuvor enormen Druck auf den Präsidenten ausgeübt. Denn Südkoreas Atomkonzerne wollen ihre selbst entwickelten Meiler auch exportieren – und brauchen dafür Referenzprojekte im Inland. Aktuell bauen sie in den Vereinigten Arabischen Emiraten vier Reaktoren im Wert von 20 Milliarden Euro.

Nachdem Moon seine Ausstiegspläne bekanntgegeben hatte, hatten sich vor allem Akademiker*innen vehement für die Atomkraft ausgesprochen. Im Juli forderten 410 Professor*innen in einem Appell eine Rücknahme des Ausstiegs: Die Atommeiler brächten „preiswerte Energie für das Volk“ und könnten weltweit Wachstum und Wohlstand schaffen.

Südkoreas Atomkraftwerke gelten grundsätzlich als solide gebaut, gut gewartet und effizient betrieben. Doch das Land krankt an einer chronischen Verflechtung von Staat und Wirtschaft. Die Großkonzerne sind die Quelle des Reichtums, haben jedoch überproportional großen Einfluss auf die Regierung. Moons Vorgängerin etwa stolperte über einen Korruptionsskandal: Unter anderem der Samsung-Konzern hatte die Präsidentin mit Zuwendungen bedacht, die im Gegenzug unbequeme Regulierungen zurücknehmen wollte.

Auch gegenüber der Atomindustrie hat der Staat sowohl die Rolle des Aufsehers als auch die des Wirtschaftsförderers inne. Am Ende gewinnen dabei die industriefreundlichen Stimmen, wie Moons doppelte Kehrtwende zeigt.



Dem gegenüber steht eine ausgeprägte Protestkultur. Die Bevölkerung macht in Südkorea ihren Willen unmissverständlich deutlich. Demonstrationen arten regelmäßig in Straßenschlachten mit der Polizei aus. Anders als in China, wo es keine Meinungsfreiheit gibt, und in Japan, wo die Bürger*innen der Obrigkeit eher gefügig folgen, ist die Demokratie in Südkorea höchst lebendig – und schlagkräftig. Auch Moons korrupte Vorgängerin musste auf Druck der Straße zurücktreten. Wie in anderen Ländern wächst zudem auch in Südkorea das Misstrauen gegenüber den etablierten Institutionen.

Mehrheit gegen Atomkraft

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Realmeter im Oktober ergab, dass 61 Prozent der erwachsenen Koreaner*innen Moons Atomausstiegskurs gutgeheißen hatten. Weitere zehn Prozent schwanken noch. Jetzt verunsichern die unlängst auftretenden Erdbeben die Bürger*innen zusätzlich – und wecken Erinnerungen an die Fukushima-Katastrophe im benachbarten Japan.

Der Betreiber des AKW Singori versichert, die Anlage halte Beben mit einer Stärke von 7,4 stand. Die Regierung will nun auch sämtliche anderen AKW so nachrüsten, dass sie mindestens Stöße mit einer Magnitude von 7,0 überstehen. Doch reicht das in einer Großregion, in der regelmäßig auch viel stärkere Beben auftreten und zudem Tsunamis auslösen? „Südkorea kann nicht mehr als erdbebenfreie Zone gelten“, warnte sogar Präsident Moon. Und verwirrte die Öffentlichkeit komplett.

Finn Mayer-Kuckuk

„Da steckt natürlich Interesse dahinter“



Foto: privat

Porträt | Michael Ehnert, 49, hat die Urantransporte über den Hamburger Hafen, ihre Gefahren und die Proteste dagegen massentauglich ins Fernsehen gebracht – mit einem Drehbuch für die Krimiserie „Notruf Hafenkante“

Meine ersten Demoerfahrungen waren in Brokdorf. Das habe ich für mich damals als traumatisierend erlebt. Wir sind da über das Feld gelaufen und dicht über uns kreisten die Hubschrauber. Da kann ich schon verstehen, dass Leute, die auf diese Art und Weise eingeschüchtert und bedroht werden, auch unsachlich werden, auf beiden Seiten. Sowohl die Polizisten, die bedroht und mit Sachen beworfen werden, als auch die Menschen, die bei friedlichen Demonstrationen zum wiederholten Male den Arm auf den Rücken gedreht bekommen, geschubst oder sogar geschlagen werden – ich verstehe, dass sie wütend werden.

Aus dieser Erfahrung heraus, dass Demonstrationen eskalieren oder bedrohlich werden, Aggressionen schüren können, habe ich nach einem Mittel gesucht, den Protest anders auszudrücken und dem Ganzen eine humoristische Komponente abzugewinnen. Mit meinem Kollegen Kristian Bader habe ich Ende

der 1980er Jahre eine Kabarett-Formation in Hamburg gegründet – das Bader-Ehnert-Kommando. Damit sind wir viel unterwegs gewesen und haben bei Demos und Protestaktionen auf den Straßen Comedy-Kabarett-Kleinstnummern gemacht. Wir haben uns Verstärker gebaut, die wir auf den Rücken schnallen konnten, mit Headsets, also Mikrofonen vor dem Mund, und haben dann kabarettistische Nummern gespielt, um die Leute zum Lachen zu bringen und so eben auch aggressiver Stimmung entgegenzuwirken.

Ein Beispiel: Hier in Hamburg haben wir das auf einer Demo für ein Tempolimit auf der Stresemannstraße eingesetzt. Da haben Menschen an einem einzigen Tag in ganz Hamburg zwanzig verschiedene Verkehrsknotenpunkte

blockiert. Wir wollten mit unserem kabarettistischen Programm auch hin. Allerdings lief es etwas anders als gedacht. Wir waren statt um 16 Uhr schon um 14 Uhr da und dann war natürlich außer uns noch niemand dort. Erst waren wir verwundert, dann haben wir zu zweit trotzdem einfach mal versucht, die Straße vor dem Dammtorbahnhof zu blockieren. Hat logischerweise nicht geklappt, weil sie acht Spuren hat. Es kam ziemlich schnell eine Einheit der Polizei mit großer Wanne, die sich quer auf die Straße gestellt hat und damit lustigerweise an unserer Stelle den Verkehr lahmlegte. Die Beamten haben uns eingesackt, zur Polizeiwache mitgenommen und in eine Zelle gesteckt. Das war unangenehm dort, also haben wir angefangen, unsere kabarettistische Gesänge dort zu proben. Die gingen denen schließlich so auf die Nerven, dass sie uns kurz vor 16 Uhr wieder auf freien Fuß gesetzt haben. Das Ende vom Lied: wir waren pünktlich zurück am Dammtor – mit tausend anderen Leuten. War super.

Auf das Thema Urantransporte bin ich über die Pressemeldung von einer Umweltorganisation gekommen, das war vor zwei Jahren. Ich wäre gar nicht darauf aufmerksam geworden, wenn Anti-Atom-Aktive und -Initiativen das nicht zum Thema machen würden. Mir ist da erst klar geworden, wie exzessiv diese Transporte in Hamburg immer noch stattfinden. Und das ist, wenn man sich mit dem Thema nicht viel beschäftigt, erst mal irritierend. Denn viele Leute reagieren ja zunächst so: Wieso Atomkraft? Wir sind da doch längst „ausgestiegen“? Wieso fahren dann immer noch Atomtransporte? Dann muss man immer wieder deutlich machen: Nein, der „Ausstieg“ ist bisher nur geplant, aber eben längst nicht umgesetzt. Es laufen immer noch Atomkraftwerke, das soll sogar noch Jahre dauern. Und zusätzlich gibt es auch immer noch all diese Transporte. Nun ist die Sendung „Notruf Hafenkante“ ja eine Krimireihe, die in

„Wenn Anti-Atom-Aktive die Transporte nicht zum Thema gemacht hätten, wäre ich gar nicht darauf aufmerksam geworden“

Hamburg spielt, und da sind die Macher auf der Suche nach Themen, die eben lokal eine Rolle spielen. Das war also die Gelegenheit, denn ich finde, dass alles, was mit den Urantransporten zu tun hat, in der Öffentlichkeit viel zu wenig auftaucht.

Ich habe dann mehrfach mit der Pressesprecherin von Robin Wood gesprochen und übers Internet recherchiert. Und dort sind die Initiativen und Organisationen ja untereinander verlinkt, und ich bin quasi von einer Website zur nächsten gesurft und hab mir verschiedene Sachen rausgesucht oder doppelt gecheckt, wie es sich denn tatsächlich so verhält. Die Herausforderung war: Bei so einem Drehbuch muss man einerseits der richtigen Darstellung des Sachverhalts gerecht werden und andererseits soll es unterhalten und als Krimi natürlich spannend sein. Deshalb war ich ganz happy, dass in der Schlussfassung des Drehbuches so viel von meiner Originalfassung drin geblieben ist.

In „The bigger picture“, also der Folge, zu der ich das Drehbuch geschrieben habe, geht es ja auch um die Terrorgefahr, die die Urantransporte mit sich bringen. Zum Umgang mit dieser Gefahr fällt mir ein gutes Beispiel ein: In den USA schießen Zivilisten mit ihren privaten Pistolen auf ihre Mitmenschen, jeden Tag passiert das. Aber anstatt dass die Politik die Waffengesetze verschärft, werden Schülern Metallplatten für den Schulrucksack verkauft, damit sie sich den im Zweifelsfall schützend vors Gesicht halten können. Das ist genau genommen doch völliger Wahnsinn. Es spricht jedem aufklärerischen Gedanken Hohn, dass man Menschen so veralbert. Da steckt natürlich ein Interesse dahinter. Im Fall der Waffenindustrie geht es um sehr viel Geld. Und ich glaube, dass das im Hinblick auf die hier stattfindenden Atomtransporte im Prinzip genauso ist.

Warum ich nun Drehbücher schreibe oder Kabarett mache – weil aus meiner Erfahrung Kunst in ihren unterschiedlichsten Formen doch ein tolles Mittel ist, Menschen nachhaltig zu erreichen. Wenn ich es schaffe, die Inhalte in einer Geschichte zu präsentieren, dann vernetzt die sich nochmal anders im Gehirn. Weil man die Bilder darin, und vor allem solche, die einen auch zum Schmunzeln bringen, eher erinnert als einen trockenen Vortrag. Geschichten wirken in den Leuten viel länger nach, denn sie sprechen mehr Sinne an. Es mag sein, dass dabei Details nicht hundertprozentig darstellbar oder korrekt sind. Aber es kann Menschen überhaupt erst motivieren, sich mit dem Thema näher zu befassen.

Ich habe das große Glück, dass ich mit meiner Arbeit, ob nun auf der Bühne oder vor der Kamera, viele Menschen erreichen kann. Aber auch wer nicht in dieser Situation ist: Ich finde, jede und jeder sollte einfach immer dranbleiben, mit anderen darüber sprechen und gucken, was daraus entsteht. Denn man weiß ja vorher nie, in welche Richtung sich ein Statement entwickelt. Oft hören und lesen die Menschen das einfach nur so, aber vielleicht liest es auch ein Drehbuchautor, der schließlich einen Film zu dem Thema schreibt! Nun ja, und wenn ich vielleicht noch für einen „Tatort“ darüber schreibe, ist es auch denkbar, dass das Thema wieder neue Wellen nach sich zieht. Immer so weiter eben.

Und irgendwann werden diese Urantransporte oder auch andere Missstände schließlich von der Politik wieder verstärkt in den Fokus genommen. Daher müssen wir es schaffen, den Druck aufrecht zu erhalten.

Protokoll: Julia Schumacher

„The bigger picture“

Folge 279 der ZDF-Serie „Notruf Hafenkante“ lief am 26. Oktober. Online zum Beispiel unter youtu.be/7MdZbXvSkN4

Aktiv gegen Urantransporte

Weit über 100 Transporte mit angereichertem Uran passieren jedes Jahr den Hamburger Hafen. Mehrere Bündnisse von Anti-Atom-Initiativen und Atomkraftgegner*innen organisieren Proteste, unter anderem einen Streckenaktionstag am 24.2.2018. atomtransporte-hamburg-stoppen.de urantransport.de

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de



Foto: Heide Bauer

AKW Gundremmingen, 31.12.: Ein Kühlturm zumindest dampft nicht mehr

AKW Gundremmingen halbiert Risiko

Mehr als 40.000 Unterschriften für die sofortige Abschaltung beider Reaktoren des AKW Gundremmingen übergeben .ausgestrahlt und Umweltinstitut München am 16. Dezember auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg an den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Georg Nüßlein. Die CSU könnte über die Atomaufsicht in Bayern und ihren Einfluss auf die Koalition in Berlin dafür sorgen, dass die baugleichen Blöcke B und C des AKW, die beide gravierende Sicherheitsmängel aufweisen, endlich beide vom Netz gehen. Unter anderem entsprechen die Notkühlsysteme beider Reaktoren seit deren Inbetriebnahme nicht den gesetzlichen Anforderungen. Beide Meiler haben zudem die ihnen 2001 zugestandenen Reststrommengen seit Langem aufgebraucht.

Am Mittag des 31. Dezember stellt allerdings nur Block B seinen Betrieb endgültig ein – Block C darf laut Atomgesetz noch vier weitere Jahre laufen. Atomkraftgegner*innen versammeln sich vor dem Kraftwerkseingang, um das Aus für den einen Reaktor zu feiern. .ausgestrahlt wird weiter dafür streiten, dass auch der andere der beiden Kühltürme aufhört zu dampfen.

ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen

.ausgestrahlt sagt Danke

Mit ihren regelmäßigen kleineren oder größeren Beiträgen sichern Förderinnen und Förderer die finanzielle Basis der unabhängigen, vielseitigen und verlässlichen Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt. Gut 40 von ihnen kommen am 3./4. November nach Hamburg, um .ausgestrahlt näher kennenzulernen und Ideen für die Anti-Atom-Arbeit zu diskutieren.

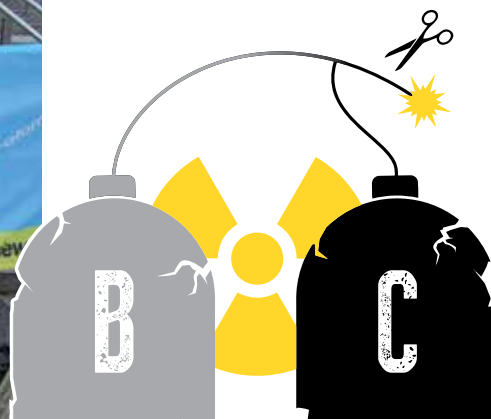
230 Menschen sind Ende 2017 neu Förderin oder Förderer geworden oder haben ihren Beitrag aufgestockt – vielen Dank! Den Aufenthalt im Bio-Hotel „Kenners Landlust“ gewonnen hat Uta Lückert, der Ökostrom von den Elektrizitätswerken Schönau geht an Jörg Walther-Wystrychowski und einen weiteren Gewinner. Herzlichen Glückwunsch!

ausgestrahlt.de/foerdern



Foto: Lars Hoff

40.183 Unterschriften für die CSU



Atomausstieg auf Jamaika?

Mehr Tempo beim Atomausstieg fordert .ausgestrahlt am 25.10. in Berlin bei den Verhandlungen über eine mögliche Jamaika-Koalition. Die schwarz-gelb-grünen Ganzkörperanzüge und die entsprechend umgefärbten Anti-Atom-Fahnen sind vom Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft, wo die Unterhändler*innen tagen, gut zu sehen. Der karibische Inselstaat Jamaika ist übrigens seit jeher atomstromfrei.



Foto: Christian Mang

Müll verschoben, Problem ungelöst

Rund ein Dutzend Schwimmer*innen steigt am 16. November kurz hinter Heilbronn ins kalte Neckarwasser. Zusammen mit Piratenentente und zwei Dutzend symbolischen Atommüll-Fässern blockieren sie die Route des Atommüllschiffs, das zum vierten Mal Castoren aus dem AKW Obrigheim ins Zwischenlager beim AKW Neckarwestheim verfrachten will. Nach anfänglichem Stopp lässt die Polizei das Schiff ungeachtet der Schwimmdemo weiterfahren. Es passiert die Demonstrierenden zum Teil in Greifweite – eine „unfassbare Skrupellosigkeit“, wie das Bündnis Neckar castorfrei kritisiert, zu dem auch .ausgestrahlt gehört. 200 Atomkraftgegner*innen ziehen am 3. Dezember zum AKW Neckarwestheim: „Jeder Tag ist ein Tag zuviel – abschalten sofort!“. Auch gegen den fünften Castor-Transport am 19. Dezember gibt es Proteste. Die aufwändige und riskante Umlagerung des Atommülls, hält .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay fest, habe kein Problem gelöst: Die Castoren sind nur für 40 Jahre ausgelegt, die Genehmigung des Zwischenlagers Neckarwestheim läuft 2046 aus.

ausgestrahlt.de/neckar-castor

Netzverstopfer!

Bei jedem stärkeren Wind müssen Windkraftanlagen abschalten, während Atomkraftwerke weiterlaufen – zuletzt wieder während der Stürme um den Jahreswechsel. Mehr als 12.000 Menschen fordern bereits „Netzverstopfer abschalten – Leitung frei für Erneuerbare!“ Eine Möglichkeit, AKW schneller vom Netz zu bekommen, wäre, die Übertragung von Reststrommengen bereits abgeschalteter Meiler auf noch laufende Anlagen zu unterbinden, wie es etwa der Jamaika-Koalitionsvertrag von Schleswig-Holstein für das AKW Brokdorf fordert. Dies ließe sich im Zuge der bis Mitte 2018 sowieso nötigen Neuregelungen zu den Reststrommengen durchsetzen. Um die SPD für die Thema zu sensibilisieren, nehmen auf Initiative von .ausgestrahlt etliche Atomkraftgegner*innen im Januar Kontakt mit ihren lokalen Abgeordneten auf.

ausgestrahlt.de/netzverstopfer



Foto: Bündnis Neckar castorfrei



Foto: Jürgen Baumeister

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Bestellung per Telefon 040 2531-8940 oder direkt online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop

Atommüll

NEU Broschüre „Atommüll-Lager per Gesetz“

Kritische Anmerkungen zum Standortauswahlverfahren

A6, 48 Seiten – 40 Cent (ab 10 Exemplaren: 30 Cent/Stck.) M-302-23



NEU Flyer „Ene, mene, muh ...“

Der Staat sucht ein Atommüll-Lager

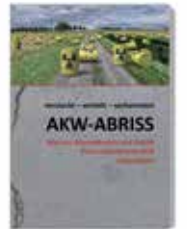
DIN lang, achtseitig – kostenlos M-302-30



Broschüre „AKW-Abriss – wie uns Atomindustrie und Politik ihren radioaktiven Müll unterjubeln“

von der Bürgerinitiative Atommüll Einlagerung Stopp Harrislee (BAESH)

A4, 28 Seiten – 1 Euro V-302-12



NEU Flyer „Atommüll ohne Ende“

Strahlende Altlasten in Deutschland – ein Überblick

DIN lang, achtseitig – kostenlos M-302-26



Reader „Atommüllkommission am Ende – Konflikte ungelöst“

Textsammlung zum Abschlussbericht der Atommüllkommission, hg. von .ausgestrahlt, BI Lüchow-Dannenberg, AG Schacht Konrad (3. Auflage, September 2016)

A4, 134 Seiten – 5 Euro V-302-06



Netzverstopfer abschalten – Leitung frei für erneuerbare Energien!

Unterschriftenliste „Netzverstopfer“

mit Platz für jeweils 14 Unterschriften

A4, zweiseitig – kostenlos M-309-14



Hintergrund-Info „Netzverstopfer“

Fragen und Antworten zur Blockade erneuerbarer Energien durch Atomkraft

A5, sechsheitig – kostenlos M-309-15



NEU Flyer „Netzverstopfer – Leitung frei für Erneuerbare!“

zum Auslegen und Verteilen, zum Beispiel auf der Fukushima-Mahnwache

DIN lang, zweiseitig – kostenlos M-309-16



Neue Aufkleber

NEU Aufkleber „Dieses Haus ist atomstromfrei“

16 x 6 cm, wetterfest – 75 Cent V-123-55



NEU Aufkleber „Diese Wohnung ist atomstromfrei“

16 x 6 cm, wetterfest – 75 Cent V-123-56

NEU Aufkleber „Immer noch aktiv gegen Atomkraft“

20,5 x 6,5 cm, nicht wetterfest – 75 Cent M-123-01

Fukushima- und Tschernobyl-Jahrestage

NEU Plakat „7 Jahre nach Fukushima“ (2018)

zum Ankündigen Deiner Mahnwache

A2 – kostenlos M-310-25

A3 – kostenlos M-310-26

Flyer zum Verteilen auf der Mahnwache

→ siehe „Netzverstopfer“



NEU Plakat & Flyer „Strahlung ohne Ende“ – Demo zum AKW Neckarwestheim am 11.3.

A3 – kostenlos M-310-30

A4 – kostenlos M-310-31

Flyer A5, vierseitig – kostenlos M-310-32



Broschüre „Tschernobyl und Fukushima“

Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen

A6, 40 Seiten – 40 Cent

(ab 10 Exemplaren: 30 Cent/Stck.) V-125-12



Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“

15 Plakate (inkl. Titelplakat) zu Fakten und Folgen der beiden schlimmsten Reaktorunfälle bisher. Format A1, 60 x 80 cm

120 Euro Soli-Preis V-310-01-3

60 Euro Normal-Preis V-310-01-2

30 Euro Leider-leider-Preis V-310-01-1



Ankündigungsplakat für die Ausstellung

Hat Platz für einen Überkleber mit Zeit und Ort Deiner Ausstellung

A2 – kostenlos M-310-11

A3 – kostenlos M-310-04



NEU Foto-Schablone „Bigbags“

für Fotomontagen, zum Ausschneiden und Aufkleben (siehe Seite 13)

A3 – kostenlos M-310-22

NEU Filmplakat „FURUSATO – WUNDE HEIMAT“

Die Dokumentation „FURUSATO – WUNDE HEIMAT“ kommt am 8. März in die deutschen Kinos (siehe Seite 13)

A1 – kostenlos M-310-27

A3 – kostenlos M-310-28



NEU Film-Werbeflyer „FURUSATO – WUNDE HEIMAT“

DIN lang, vierseitig – kostenlos M-310-29

NEU Film-Aktionsflyer

„Verstrahlte Heimat – auch bei uns?“

Zum Verteilen vor oder nach der Filmvorstellung von „FURUSATO – WUNDE HEIMAT“

A5, doppelseitig – kostenlos M-310-24



Button „Atomkraft? Nein danke!“ auf Japanisch

Nadelbutton, ø 33 mm – 80 Cent V-300-02



NEU Transparent „Fukushima ist überall“

300 x 70 cm, wetterfest, mit Ösen – 25 Euro V-300-03



.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 38

zum Auslegen und Verteilen

A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-38





„Ich fördere .ausgestrahlt, weil täglich neuer Atommüll produziert wird, für den es bis heute noch kein sicheres Endlager gibt.“

Dieter Schöneberg, Norderstedt

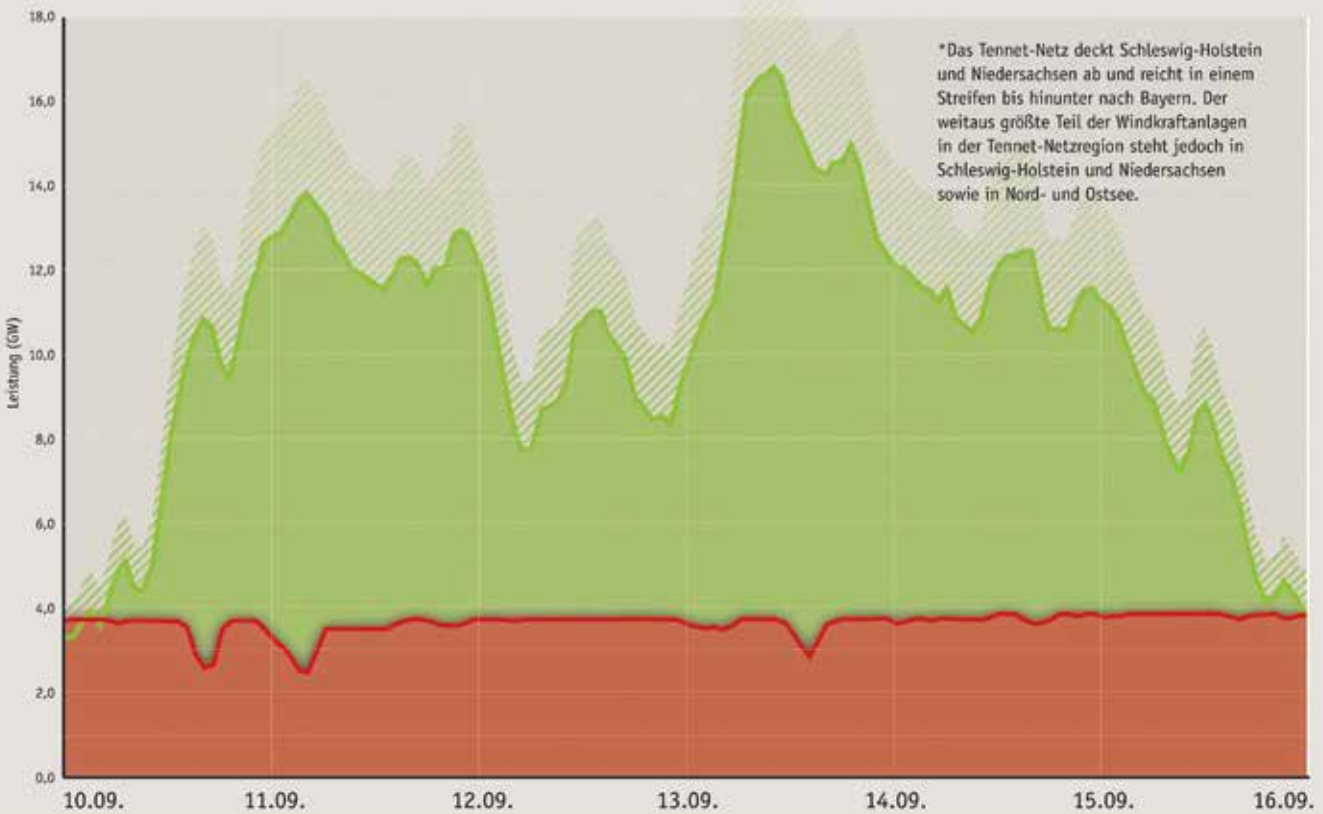
Atomstrom ungedrosselt



Infografik | Auch bei sehr viel Wind in Norddeutschland laufen die norddeutschen AKW unvermindert weiter – und verstopfen so das Netz

Wind- und Atomstromeinspeisung während des Sturms „Sebastian“ um den 13.09.2017

- Wegen Netzverstopfung nicht genutzter Windstrom (geschätzt – genaue Zahlen halten die Netzbetreiber unter Verschluss)
- Windstrom-Einspeisung onshore und offshore ins Tennet-Netz*
- Atomstrom-Einspeisung der AKW Brokdorf, Lingen/Emsland und Grohnde



.ausgestrahlt fordert:

- Unflexible Atomkraftwerke endlich abschalten!
- Leitung frei für Erneuerbare!